



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendener: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

VII-IX/2020 • # 1076



Gestern

Und wenn in einigen Kreisen noch so süß davon geträumt wird: Wer jetzt ernsthaft die Renaissance der Atomkraft propagiert, muss sich gefallen lassen, als gestrig zu gelten.

Heute

Die erste Runde einer Bürgerbeteiligung in der „neuen“ Endlagersuche steht unmittelbar bevor. Doch schon jetzt ist das Verfahren der Partizipation durch Misstrauen vergiftet.

Morgen

Es rumort und kracht gewaltig in den Gremien der Kulturellen Landpartie. Ob es die KLP in der gewohnten Form weiterhin geben wird, ist derzeit nicht klar abzuschätzen.



Mit dem Atomausstieg hat Deutschland eine unglaublich vernünftige Entscheidung getroffen. Man kann im Angesicht der Katastrophe von Fukushima nicht *nicht* kapieren, was da vor sich geht.
David Crosby Musiker

Die angeblich unbefleckte Landkarte der nuklearen Endlagersuche, auf welcher sich das willkürlich festgelegte so genannte „Erkundungsbergwerk Gorleben“ im vor einem halben Jahrhundert noch „jungfräulich“ titulierten Salzstock Gorleben-Rambow als Mahnmal gescheiterter Energie- und sorgloser Entsorgungspolitik schmerzhaft abhebt, soll diesen Herbst mit dem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) „erstmalig Flecken bekommen“, wenn günstige „Teilgebiete“ benannt werden, wie Andreas Conradt in seinem Bericht über das aktuelle Rechtsgutachten der Bürgerinitiative bemerkt. In einem „lernenden Verfahren“ sollten die späteren Betroffenen eigentlich von Beginn an beteiligt werden, ein hehres Unterfangen, wenn jetzt die Daten der 40 Jahre alten Erkundungsbohrungen Go 1002, 1003, 1004 und 1005 als „obertägige Erkundungsergebnisse“ zur Beurteilung herangezogen werden (an der Tiefbohrstelle 1004



Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

wurde am 3. Mai 1980 das Hütten-dorf Republik Freies Wendland gegründet). Auch angesichts von Hygieneauf-lagen und Lock-down beharren die verantwortlichen Behörden auf den gesetzlichen Vorgaben und drohen, die sogenannten Teilge-bietskonferenzen einfach nach Zeitplan „hybrid“ durchzuführen, also in weiten Teilen virtuell. Ent-sprechende Kritik des Nationalen

Begleitgremiums (NBG), des Bund für Umwelt und Na-turschutz (BUND) und auch der Bürgerinitiative verhält leider bislang wirkungslos, wobei noch nicht einmal die Adressaten solcher Forderungen feststehen. Damit das Standortauswahlgesetz an verschiedenen Stellen tatsächlich „lernen“ könnte, bedürfte es nämlich ver-mutlich einiger Gesetzesänderungen, aber solche sind vor den nächsten Bundestagswahlen (und womöglich überhaupt...) wenig aussichtsreich. Während wir alle nun aber gerade zu lernen haben, uns Verhaltensänderungen angewöhnen und Pläne über den Haufen werfen müssen, erweist sich die Grund-annahme des Standortauswahlverfahrens, dass es ein „lernendes“ sei, offenbar als Farce. Abhilfe kann hier wohl nur das Bundesumweltministerium schaf-fen oder das von diesem mit der Fachaufsicht betrau-te Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsor-gung (BASE). Bei aller Kritik am Verfahren bleibt aber dennoch mög-lich und im Sinne der Sicherheit auch dringend zu hof-fen, dass Gorleben trotz Manipulationen an den Krite-rien in der Endlagerkommission und unfairen Vorein-stellungen schon in wenigen Wochen im ersten Verfah-rensschritt herausfällt, weil an diesem durchlöcher-ten Salzstock unter der Elbe Ausschlusskriterien greifen oder Mindestanforderungen nicht erfüllt sind. Mit dieser Hoffnung und auch der, dass wir unsere Dis-tanz bald wieder aufgeben können, wünschen wir Euch einen aktiven Sommer!

Impressum

43. Jahrgang
Ausgabe 1076
Juli, August, September 2020

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: W. Wallat, A. Conradt

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt-druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

► **29. Mai**

Mit einer Spray-Aktion in Gorleben hat die BI Lüchow-Dannenberg am „Gorleben-Tag“ der abgesagten KLP die Aufmerksamkeit trotz Corona auf Gorleben gelenkt, schließlich steht im Herbst erstmalig der Salzstock in einem vergleichenden Suchverfahren für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle zur Disposition. Aktivist/-innen spraysen ihre Forderung „Gorleben raus!“ an das verbliebene Reststück der ehemaligen Schutzmauer um das Gelände. Doch so einfach war das nicht. Denn der Zugang war versperrt, obwohl im September letzten Jahres zugesagt wurde, dass die Mauer mit Graffiti verschönert und das ehemalige Pförtnerhaus von der BI für Vorträge genutzt werden kann. So mussten die Mauermaler/-innen über den Zaun.



► **23.05.**



► **29.05.**



29.05. ◀

Wir trauern um Birgit Schiemann. Birgit war in schwierigen Castor-Zeiten eine große Stütze: In der Vorstandsarbeit und im BI-Büro und darüber hinaus. Ihre Kreativität und ihr Mut haben uns beschwingt. Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie.

► **Meldung vom 23. Mai**

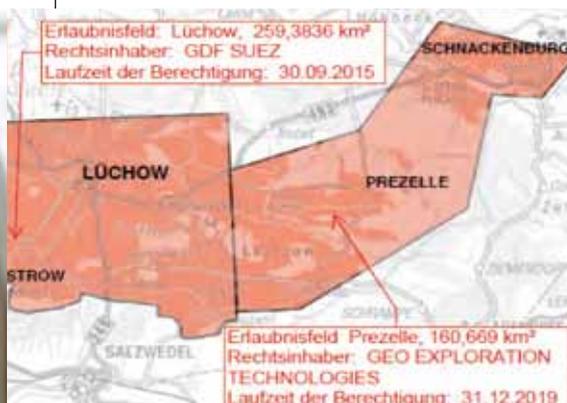
Der „Gorleben-Tag“ war stets ein Höhepunkt der Kulturellen Landpartie im Wendland; fast alle Wunde.r.punkte schlossen an diesem Tag ihre Pforten und empfahlen stattdessen den Besuch des „wunden Punktes“ Gorleben – schließlich stand der Großkonflikt um die Atommülllagerung Pate für die KLP.

Doch Großveranstaltungen sind zu Zeiten der Corona-Pandemie untersagt. Statt der Vielen waren es am Freitag vor Pfingsten nun Wenige, die trotzdem vor Ort und per Video-Clip eine Botschaft vermittelten. Darin spannen die BI-Protagonisten den Bogen von eingeschränkten Versammlungsmöglichkeiten bis hin zum Endlagersuchverfahren unter dem Vorzeichen der Corona Pandemie.

Meldung vom 29. Mai ◀

15. Juli

Mitte Juli gab das niedersächsische Bergbauamt bekannt, dass die Geo Exploration Technologies GmbH (GET) ihre Erlaubnisse zur Suche nach Öl und Gas in den Feldern „Prezelle“ (Lüchow-Dannenberg) und „Weste“ (Uelzen) vorzeitig an das Amt zurückgegeben hat. Die GET begründet ihre Aufgabe unter anderem mit einer sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz der Förderung. Die AG Fracking der BI Lüchow-Dannenberg wertet das als großen Erfolg ihrer intensiven Aufklärungsarbeit. Seit Bekanntgabe der Erlaubnis hatte die AG diverse Veranstaltungen durchgeführt, um Bürger/-innen über die Gefahren des Frackings zu informieren. Fast alle Gemeinden im Erlaubnisfeld Prezelle hatten Ratsbeschlüsse verabschiedet, um neue Bohrungen zu verhindern. 150 Grundeigentümer erklärten zudem, dass sie ihre Grundstücke nicht zur Verfügung stellen würden.



10.06.

15.07.

HINWEIS

Mitte Juni hat die Hamburger Bürgerschaft nicht nur den Ersten Bürgermeister und den Senat neu gewählt, sondern auch ein neues vertretendes Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts. Dafür hatte die Fraktion DIE LINKE die Rechtsanwältin Ulrike Donat vorgeschlagen – sie wurde mit 87 von 123 Stimmen gewählt. Donat ist seit Jahren auch als Rechtsanwältin und Mediatorin im wendländischen Widerstand aktiv.

► **Meldung vom 10. Juni**

Die niedersächsische Anti-Atom-Szene wird in diesem Jahr auf ein besonderes Highlight verzichten müssen. Bedingt durch die Corona-Pandemie wird auch das e-Ventschau in diesem Jahr nicht stattfinden können. Das Open-Air-Musikfestival findet seit 2013 regelmäßig statt – seit ein paar Jahren immer am letzten Wochenende der niedersächsischen Sommerferien. Das Festival im Dörfchen Ventschau auf der Grenze zwischen dem Kreis Lüneburg und dem Wendland lädt regelmäßig dazu ein, sich über die Gefahren der Atomenergie zu informieren und Auswege und Visionen für eine sicherere Zukunft zu entwickeln. „Soll in diesem Jahr trotz des Festivalsausfalls eine Spende nach Tschernobyl und Fukushima fließen, so ist dies auch ohne das Festival möglich“, sagt Irene Donning vom Organisations-Team. Informationen gibt es auf der Website www.e-ventschau.de.

Hinweis

5. Juni

Der Streit über den Umgang mit Unternehmensdaten bei der Suche nach einem Endlager ist beigelegt. Beschlossen wurden demnach Änderungen am Geologiedatengesetz. Dabei geht es um die Möglichkeit der Veröffentlichung von Unternehmensdaten. Für den Umgang mit der Veröffentlichung dieser Daten schafft das Gesetz eine neue Grundlage. Dabei gibt es aber einen Konflikt zwischen Eigentumsrechten von Unternehmen, die zum Beispiel Rohstoffe abbauen wollen und Daten erheben, und dem Wunsch nach Transparenz. „Genau die aber gibt es nicht von Anfang an“, konstatiert die BI Lüchow-Dannenberg. Die Neuregelungen greifen nämlich noch nicht in der ersten Stufe einer formalen Beteiligung, die nach Vorlage des Zwischenberichts der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) beginnt. Nach Vorlage im Herbst werden darin Regionen ausgewiesen werden, die für die Endlagerung als „günstig“ angesehen werden. „Ohne Einsicht in die Geodaten ist eine qualifizierte Prüfung des BGE-Berichts unmöglich.“ Dass nun bereits im ersten Schritt des Auswahlverfahrens die Zusage, umfassende Daten-Transparenz herzustellen, nicht eingehalten wird, diskreditiert das Suchverfahren mit seinem hohen Anspruch, Transparenz von Anfang an zu gewährleisten, erheblich, so die BI.

30. Juni

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat das Projekt INFRA gestartet. Denn um die Langzeitsicherheit eines Endlagers zu bewerten, ist es nicht nur notwendig, die heute herrschenden Eigenschaften eines Standortes zu kennen. Auch mögliche Änderungen im Zeitraum von einer Million Jahren müssen berücksichtigt werden. Zukünftige Eiszeiten werden einen großen Einfluss auf das hydrogeologische Verhalten des Gesamtsystems haben. Dieser und die Auswirkungen auf einen möglichen Radionuklidtransport sind bisher kaum erforscht. INFRA soll Erkenntnisse zur Sicherheitsbewertung eines Endlagers liefern. Als Untersuchungsregion dient ein Kristallinkomplex im Jenisseisk-Gebiet in Sibirien, in dem Russland die Errichtung eines Untertagelabors für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle plant. Dies ermöglicht dem Projekt den Zugriff auf eine Datenbasis zur lokalen und regionalen Geologie, wie sie qualitativ und quantitativ auch bei einer Erkundung auf ein Endlager vorliegen würde.



05.06.

09.06.

30.06.

30.06.

Neonazis versuchen verstärkt, den ländlichen Raum zu besiedeln und dadurch eine Diskursverschiebung nach rechts zu erreichen. Begünstigt wird dies durch den Rückgang der Bevölkerung sowie die sukzessive Vernachlässigung von Infrastruktur. Das Projekt NaturSchutzRaum will der rechten Landnahme durch Bildung und Prävention ein wirksames Mittel entgegensetzen und dabei rechtsextrem gefährdete Jugendliche und junge Erwachsene über die Natur- und Umweltschutzverbände erreichen. Zur Umsetzung sollen Multiplikator/-innenschulungen, Online-Seminare für Studierende der „Grünen Berufe“ und Vorträge und Workshops für einen Einstieg in das Thema und zur Sensibilisierung für die Gefahren durch die Aktivitäten rassistischer, völkischer und nationalistischer Akteur/-innen im Natur- und Umweltschutz angeboten werden.

Meldung vom 9. Juni

Für die zielgerichtete Arbeit der Fachkonferenz Teilgebiete im Rahmen der Endlagersuche ist es wichtig, dass sie frühzeitig ihre Arbeitsweise in einer Verfahrensordnung festlegt. Ein Entwurf wurde kürzlich in der Beratungsgruppe Fachkonferenz Teilgebiete gemeinsam mit Mitgliedern und Gästen diskutiert. Als Hilfestellung für die Diskussion während der Konferenz im Herbst wird schon jetzt ein Entwurf für eine mögliche Geschäftsordnung erarbeitet und vorab mit unterschiedlichen Akteuren des Verfahrens erörtert. Bis zur Fachkonferenz wird das Papier als „lebendes Dokument“ angelegt und kann noch bis zum 17. August unter www.base.bund.de kommentiert werden.

Meldung vom 30. Juni

1. Juli

Zum Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben Umweltorganisationen aus acht EU-Mitgliedsstaaten die Bundesregierung aufgefordert, eine Reform des Euratom-Vertrages auf die Agenda zu setzen und eine Vertragsstaatenkonferenz einzuberufen. Sie verweisen dabei auf den 2018 verabschiedeten Koalitionsvertrag der deutschen Regierungsparteien, in dem festgeschrieben wurde, dass der Euratom-Vertrag „hinsichtlich der Nutzung der Atomenergie an die Herausforderungen der Zukunft angepasst“ werden muss. Ebenfalls ist dort zu lesen, dass: „keine EU-Förderung für neue Atomkraftwerke“ in Zukunft erfolgen dürfe. Aktuell dient der Euratom-Vertrag immer wieder als rechtliche Grundlage für die Förderung von AKW-Neubauten durch verschiedene EU-Länder. Die Verbände kritisieren zudem die negativen Auswirkungen des Vertrages auf den Kampf gegen die Klimakrise: „Der Euratom-Vertrag verhindert einen ökologischen Umbau der Energieerzeugungsstruktur in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und steht damit den Klimazielen von Paris diametral entgegen.“ Die einseitige, privilegierte Förderung der Atomkraft, wie sie im Vertragswerk festgeschrieben ist, verhindert den nötigen, schnellstmöglichen Ausbau Erneuerbarer Energien. Dringend dort benötigte Forschungsgelder fließen weiterhin in nukleare Träumereien von Fusionsreaktoren, deren Realisierung überaus fragwürdig ist. Der Euratom-Vertrag wurde 1957 geschlossen und existiert bis heute, ohne dass substantielle Anpassungen des Vertragstextes vorgenommen wurden. Ziel des Abkommens ist es unter anderem, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen“. Es räumt der Nutzung der Atomkraft in der EU Vorrang vor anderen Energieträgern ein.



01.07.

HINWEIS FÜR 2020

HINWEIS FÜR 2021

Nach Informationen der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ (BI) soll noch in diesem Jahr atombombentauglicher Atommüll aus München nach Ahaus transportiert werden. „Das Oberverwaltungsgericht hat bei den Betreibern des Forschungsreaktors nach einem Zeitplan gefragt“, sagte Felix Ruwe von der BI während einer Mahnwache. Die Antwort: Im dritten Quartal 2020 soll die Aufbewahrungsgenehmigung vorliegen, im zweiten Halbjahr dann die Transportgenehmigung. „Die Betreiber wollen schon im vierten Quartal 2020 den ersten Transport von hochangereichertem Müll nach Ahaus durchführen“, so Ruwe. Das wolle die BI nicht einfach so hinnehmen: „Wir müssen uns wehren“. Ruwes Kollege Heiner Möllers forderte deswegen die Anwesenden auf, Mund-zu-Mund-Propaganda zu machen. „Bringt so viele Leute mit wie möglich. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir im Herbst zahlreich auf die Straße gehen, um zu protestieren.“

Hinweis

Das Hamburger Literaturfestival „Lesen ohne Atomstrom“ geht's antizyklisch an: Ob des aktuellen Geschehens müssen derzeit allüberall Kulturreinrichtungen pausieren, viele geplante Veranstaltungen abgesagt werden – und es herrscht auch bei Autoren, Künstlern und Veranstaltern große Unsicherheit. Für „Lesen ohne Atomstrom“ gibt es nun aber eine ganz konkrete Perspektive: Die Organisatoren sind mit vielen Autoren aus aller Welt in der Abstimmung und haben mit ihnen gemeinsam eine neue Festivalwoche vom 8. bis 15. Februar 2021 terminiert. Konkret in der Planung sind Veranstaltungen zu Klimawandel und nuklearer Bedrohung zivil wie militärisch sowie zu geeigneten Aktionsformen angesichts der neuen Herausforderungen und zum indiskutablen Umgang mit Geflüchteten. Weiterhin sollen die Gefahren eines strukturellen Rechtsradikalismus und Rassismus' und die Bedrohungen der Pressefreiheit durch die Verfolgung von Whistleblowern thematisiert werden.

Hinweis

Atomkraft ist Out

Warum ihre Renaissance nicht stattfinden wird



Atomausstieg Viele Menschen haben sich schon vor Jahren von der Nutzung der Atomkraft verabschiedet, und auch die Politik hatte die Notwendigkeit offenbar verstanden und den Atomausstieg bereits vor fast zwei Jahrzehnten begonnen. Angestoßen durch die Katastrophe von Fukushima konkretisierte die Bundesregierung 2011 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel die Maßnahmen zum Ausstieg. Einer repräsentativen Studie zufolge wurde die Abkehr von der Atomkraft damals von rund 80 Prozent der Bevölkerung befürwortet. Doch das ist heute anders. Ein Bericht von Juri Knobelsdorff

Durch die immer populärer werdende Debatte um den Klimawandel und die notwendige Reduktion von klimawirksamen Gasen erschallt der Ruf nach der Atomkraft wieder aus allen Richtungen und die Pro-Atomlobby nimmt wieder Fahrt auf.

Auch das Generation IV International Forum (GIF), ein aus gut einem Dutzend Staaten und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) bestehender Forschungsverband für die Entwicklung von Atomkraftwerken, ist nun wieder gefragt. Der Verband treibt die Entwicklung von Kraftwerken der Generation IV voran. Diese sollen hohe Anforderungen an die Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Sicherheit erfüllen.

Momentan sind größtenteils Atomkraftwerke der Generation II im Einsatz, weltweit sind das zu 90 Prozent Leichtwasserreaktoren. Diese produzieren pro Kraftwerk und Jahr um die 50 Kubikmeter hochradioaktiven Abfall. Im Falle einer Wiederaufarbeitung sind es nur noch 7 Kubikmeter hochradioaktiver Müll, dadurch aber kommt es andererseits zu einer Verfünfachung des Volumens der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle.

Die Kraftwerke der Generation IV hingegen sind größtenteils Brutreaktoren, das heißt, sie erzeugen neben Energie mehr spaltbares Material als sie selbst im gleichen Zeitraum verbrauchen. Nach der Aufarbeitung und der Einbringung in neue Brennelemente kann dieses Material wieder als Brennstoff fungieren, so lautet das werbewirksame Versprechen. Die meisten dieser Reaktortypen befinden sich noch im Entwicklungsstadium, sie bestehen demnach aus Rechnungen und Skizzen und wären laut einem GIF-Report frühestens ab 2045 einsatzbereit. Doch auch hier werden neben den Problemen des Uranabbaus, der Emissionen und der Wirtschaftlichkeit vor allem die Sicherheits-

standards bemängelt. Die Hauptkritikpunkte beziehen sich auf das extrem gesundheitsgefährdende Plutonium, welches in größeren Mengen verwendet werden müsste, sowie auf die Kühlmittel wie Natrium, das bei Kontakt mit Wasser oder Luft Brände auslösen kann.

Weitere, wieder vermehrt propagierte Reaktortypen sind die sogenannten „Small Modular Reactors“ (SMR), also kleine Reaktoren, die in Fabriken hergestellt und dann an den Montageort gebracht werden können. Somit wären sie dezentral einsetzbar, sie wären wirtschaftlich günstiger und könnten auch wieder in Fabriken zurückgebaut und entsorgt werden. Die SMR verwenden jedoch keine neuen Technologien, sondern sind vielmehr verkleinerte, neu gestaltete Versionen von Leichtwasserreaktoren oder anderen gescheiterten Konzepten wie Schnellen Brütern oder Hochtemperaturreaktoren.

Auch die neuen Reaktortypen weisen Mängel auf, und die Kritik an der Atomkraft wird nicht entkräftet!

Juri Knobelsdorff

Folglich lösen sie auch kaum die Schwierigkeiten der herkömmlichen Kraftwerke und bringen zudem noch sehr hohe Entwicklungskosten mit sich. Frühere Projekte mit SMR in Russland, den USA und Großbritannien wurden stillgelegt, da sie als nicht funktional erachtet wurden.

Ein momentan sehr prominentes Modell, das auch von dem CDU-Vorsitz- und somit auch Kanzlerkandidaten Friedrich Merz sowie der AfD bejubelt wird, ist der Dual-Fluid-Reaktor. Dieser, am privaten Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin entwickelte Brutreaktor verwendet statt herkömmlicher nuklearer Brennelemente eine flüssige Masse aus Blei als Kühlmittel und geschmolzene Salze als Brennstoff. Dieser Reaktor erweckt Träume; er soll das Problem des Atommülls, also



Computer-Illustrationen der Firma Rolls Royce eines kleinen modularen Reaktors (SMR)

der abgebrannten Brennelemente lösen, und die Radiotoxizität seiner Spaltprodukte soll innerhalb von nur 300 Jahren unter die von Natururan sinken. Allerdings besteht dieser Hoffnungsträger bisher nur aus mathematischen Modellen und Rechnungen und einige technische Hindernisse konnten noch nicht geklärt werden. Zur Realisierung würden noch 20 bis 50 Jahre Entwicklung und viele Millionen Euro Forschungsgelder benötigt.

Es weisen also auch all die „neuen“ Reaktortypen erhebliche Mängel auf, und die herkömmlichen, mit der Nutzung der Atomkraft verbundenen Probleme und Kritikpunkte bleiben bestehen. Immer noch würden die Kosten unter Einbezug der Folgekosten bei ca. 37 Cent/kWh und der Kohlenstoffdioxidausstoß bei 31 g/kWh liegen. Alternative Energiequellen hingegen wie beispielsweise die Windkraft weisen mit 9 Cent/kWh deutlich geringere Kosten auf und auch der Kohlenstoffdioxidausstoß ist mit 19g/kWh reduziert. Doch diese Zahlen sind mit großer Vorsicht zu genießen, weil sie auf Schätzungen beruhen. Die Schwierigkeiten rund um die Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Sicherheit sind in den letzten Jahren nicht plötzlich gelöst worden und werden es Schätzungen zufolge auch in den nächsten Jahren nicht.

Warum also sollten wir die Atomkraft, die von dem Handelsblatt als „die wahrscheinlich größte und schlechteste Investition in der Geschichte der Bundesrepublik“ betitelt wurde, als ernsthafte Energiequelle wieder in Betracht ziehen?





„Das sehe ich überhaupt nicht!“

Ein Ausstieg aus dem Atomausstieg ist nicht in Sicht

Interview Christoph Pistner ist Bereichsleiter *Nukleartechnik & Anlagensicherheit* am Ökoinstitut in Darmstadt. Im Gespräch mit Wolfgang Ehmke bezweifelt er die Aussagen über eine Renaissance der Atomkraft.

▷ Herr Pistner, in den vergangenen Monaten ist die Debatte um die Atomkraftnutzung wieder aufgeflackert. Die letzten Atomkraftwerke sollen in Deutschland im Jahr 2022 stillgelegt werden. Steht diese Entscheidung auf wackeligen Füßen, weil nun der Klimakollaps als bedrohlicher angesehen wird als das Reaktorrisiko und die bisher ungelöste Atom-mülllagerung?

Das sehe ich überhaupt nicht. Zum einen laufen die Vorbereitungen der Betreiber zur Stilllegung und zum anschließenden zügigen Rückbau ihrer Anlagen auf vollen Touren. Und für die Energiewirtschaft ist eine klare Planbarkeit doch von entscheidender Bedeutung. Welche Konsequenzen kurzfristige politische Entscheidungen haben können, haben wir ja 2010/2011 beobachten

können. So wurden zunächst die Laufzeiten der Atomkraftwerke nochmal verlängert, diese Verlängerung dann aber wenige Monate später nach dem katastrophalen Unfall im japanischen Fukushima Dai-ichi wieder zurückgenommen. Eine nochmalige Rolle rückwärts durch die Politik würde die anspruchsvolle Aufgabe eines konsequenten und zügigen Umbaus unserer Energieversorgung doch weiter erschweren. Auch wäre die Klimarelevanz einer um wenige Jahre verlängerten Laufzeit einiger weniger Atomkraftwerke in Deutschland gering.

▷ Kann die Atomkraft weltweit überhaupt einen nennenswerten Beitrag zur Rettung vor der Klimakatastrophe leisten?

Natürlich verursacht ein Atomkraftwerk im Vergleich zu einem

Kohlekraftwerk nur wenig Treibhausgase, vergleichbar etwa mit der CO₂-Bilanz regenerativer Technologien wie Wind und Sonne. Dennoch ist der heutige Beitrag der Atomkraft zum Klimaschutz begrenzt. Weltweit wurden im Jahr 2018 nur rund zehn Prozent der Elektrizität und damit rund fünf Prozent des Primärenergieverbrauchs mit Strom aus Atomkraftwerken gedeckt. Dazu waren weltweit rund 440 Atomkraftwerke in Betrieb. Aufgrund ihres hohen Alters – die weltweit im Betrieb befindlichen Reaktoren waren Mitte 2019 im Durchschnitt bereits über 30 Jahre alt – werden diese Altanlagen nun sukzessive vom Netz gehen. Selbst ein über die ursprünglich geplanten Laufzeiten hinaus verlängerter Betrieb, wie dies Länder wie beispielsweise Frankreich vorhaben, würde global kaum einen Un-

terschied machen. Nur durch einen massiven Neubau könnte daher der heutige Beitrag der Atomkraft zur weltweiten Energieerzeugung gehalten oder gar noch gesteigert werden. Allerdings würden damit auch die mit der Kernenergie verbundenen Probleme bestehen bleiben oder gar noch vervielfacht werden: die Gefahr schwerer Unfälle, der weitere Anfall hoch radioaktiver Abfälle und die Gefahr einer Nutzung ziviler Anlagen oder Materialien oder des kerntechnischen Knowhows für Kernwaffenprogramme (Proliferation). Und letztlich ist der Bau neuer Atomkraftwerke heute mit sehr hohen Kosten verbunden. Auch aus ökonomischer Sicht ist Atomkraft daher keine gute Lösung zum Klimaschutz.

▷ Blicken wir über den Tellerand. Euratom und GIF-Staaten, also Staaten, die seit Anfang der 2000er Jahre die Entwicklung „neuer“ Reaktorkonzepte im Rahmen des sogenannten „Generation IV International Forum“ vorantreiben, stecken Geld in verschiedene Reaktorlinien. Wie viel Geld fließt in diese Entwicklungs- und Forschungsarbeiten? Welche dieser „neuen“ Reaktoren haben überhaupt eine Chance, auf den Markt zu kommen?

Genauere Zahlen zu Forschungs- und Entwicklungsgeldern sind nur schwer abzuschätzen. Staaten fördern einerseits aus ihren nationalen Haushalten unterschiedlichste Entwicklungen. Andererseits werden auch über bi- und multilaterale Organisationen wie das Generation IV International Forum (GIF) oder Euratom Gelder bereitgestellt. Auch Deutschland ist über seine Mitgliedschaft in Euratom an diesen Entwicklungen finanziell beteiligt. Ich würde die jährlichen Ausgaben weltweit auf einige hundert Millionen Euro abschätzen. Das ist einerseits sehr viel Geld. Andererseits wären natürlich alleine für den Bau eines Prototyp-Reaktors eines einzigen Reaktorkonzepts mehrere Milliarden erforderlich.

Aber auch die Industrie oder private Geldgeber engagieren sich bei den Entwicklungen. So wird

beispielsweise die Entwicklung eines so genannten Laufwellenreaktors durch die Firma TerraPower vorangetrieben, die von Bill Gates gegründet und wesentlich finanziell unterstützt wird. Bei diesem als Schneller Brüter konzipierten Reaktor soll im laufenden Betrieb der benötigte Spaltstoff aus abgereichertem Uran erbrütet werden.

Ob überhaupt eines der verfolgten Reaktorkonzepte am Markt je eine Chance haben könnte, ist heute noch völlig unklar. Konzepte wie der Schnelle Brüter sind ja schon seit Jahrzehnten in Entwicklung, mit den schnellen Brütern, dem BN-600 und dem BN-800, sind in Russland gegenwärtig auch zwei als „kommerziell“ eingestufte Reaktoren in Betrieb. Doch die bisherige weltweite Erfahrung mit Schnellen Brutreaktoren ist eher desaströs, von einem echten kommerziellen System ist man auch hier noch weit entfernt. Auch das Konzept des Hochtemperatur-Reaktors (HTR) bleibt bislang Theorie. Der in den 1960er Jahren in Deutschland entwickelte Kugelhaufenreaktor wurde nach seiner Einstellung 1988 Ende der 1990er Jahre in Südafrika wieder aufgegriffen. Dort gab es dann über ein Jahrzehnt ein Projekt, in dem rund eine Milliarde Euro in die weitere Entwicklung gesteckt wurde – erfolglos. Heute versucht sich nun China an der Kommerzialisierung dieses Systems. Vor diesem Hintergrund ist es aus meiner Sicht höchst fragwürdig, ob überhaupt eines der Systeme in den nächsten Jahrzehnten am Markt erfolgreich sein kann.

▷ Können Sie neben der Frage, ob Atomkraftwerke sich rechnen, etwas zu der Frage sagen, ob neue Reaktorkonzepte die Atommüllproblematik entschärfen? Gibt es „inhärent sichere“ Reaktoren. Reaktoren, die den Atommüll „aufessen“? Was ist mit der Proliferationsgefahr und gäbe es eine erkennbare Entlastung bei der Atommüllentsorgung?

Bei bestimmten Reaktorkonzepten wie Salzschnmelze-Reaktoren oder Hochtemperatur-Reaktoren finden sich in den Medien viel-



Dr. Christoph Pistner hat an der Technischen Universität Darmstadt Physik studiert und promoviert. Er war dort Mitglied der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit. Derzeit ist er als Bereichsleiter für Nukleartechnik und Anlagensicherheit am Öko-Institut e.V. tätig. Dr. Pistner ist Mitglied der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie im Ausschuss Anlagen- und Systemtechnik; er ist Mitglied im Facharbeitskreis Probabilistische Sicherheitsanalyse für Kernkraftwerke und Vorstandsmitglied im Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit.

fach Aussagen, dass diese Konzepte inhärent sicher seien. Dem liegt jedoch häufig ein falsches Verständnis des Konzepts der „inhärenten Sicherheit“ zugrunde. Zwar könnten solche Reaktorkonzepte mit Blick auf ganz bestimmte Sicherheitsrisiken „inhärente“ Eigenschaften aufweisen, die dieses konkrete Risiko minimieren oder ganz ausschließen würden. So wird beispielsweise für den Hochtemperatur-Reaktor argumentiert, dass dessen Brennstoff auch bei einem vollständigen Ausfall der Kühlung nicht schmelzen wird und daher die radioaktiven Stoffe eingeschlossen bleiben. Für andere Stör- und Unfallszenarien bleiben jedoch offene Fragen oder ergeben sich andersartige Risiken, die für heutige Kernkraftwerke keine Rolle spielen. So wäre es beim HTR problematisch, wenn Luft oder Wasser in den heißen Reaktorkern eindringt und mit dem Graphit reagiert. Beim natriumgekühlten Schnellen Brüter besteht das Problem von Bränden, wenn Natrium aus den Kühlkreisläufen freigesetzt wird. Auch mögliche Gefahren durch externe Einwirkun-

gen wie Erdbeben und Überflutungen oder auch terroristische Anschläge müssen für alle Anlagen berücksichtigt werden.

Auch wird gerne behauptet, man könne mit solchen „neuen“ Reaktoren den heutigen Atommüll umwandeln und so das Problem der langfristigen Lagerung lösen. Doch auch hier gilt: solche Konzepte existieren bisher lediglich auf dem Papier. Ob sie sich jemals großtechnisch realisieren lassen, ist auch nach Jahrzehnten der Forschung und Entwicklung offen. Und selbst wenn die erforderlichen Technologien entwickelt würden – eine hochkomplexe Wiederaufarbeitung, die Entwicklung geeigneter Reaktoren und ihrer Brennstoffe –, dann würden entsprechende Verfahren über Jahrzehnte mit hohen Kosten umgesetzt werden müssen, bei vermutlich begrenztem Nutzen für das Problem einer geologischen Endlagerung. Denn Teilmengen der hochradioaktiven Abfälle würden praktisch immer verbleiben und eine geologische Lagerung erforderlich machen.

Und gerade bei Reaktorkonzepten, die auf eine Wiederaufarbeitung setzen – sei es zur Gewinnung neuen Spaltmaterials für zukünftige Reaktoren, sei es zur Atommüllumwandlung – besteht immer die Möglichkeit einer Abzweigung solcher Materialien für die Herstellung von Atomwaffen. Die Proliferationsrisiken könnten also – je nach konkretem Reaktor- und Brennstoffkonzept – durchaus zunehmen.

▷ Small ist beautiful heißt es zum Beispiel in Verbindung mit den kleinen, modularen Reaktoren (SMR). In den USA wird ein Hochtemperaturreaktor beworben, dessen Module erweitert werden können. Unter u-battery.com wird das Projekt angepriesen.

Auch das ist ja keine neue Entwicklung. Bereits in den 1950er Jahren hat das US-amerikanische Militär versucht, für unterschiedliche Einsatzzwecke kleine, möglichst auch mobile Atomreaktoren herzustellen. Bereits damals, aber zum Beispiel auch in den 1980er-



Das Öko-Institut mit seinen Büros in Darmstadt (Foto), Freiburg und Berlin ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Verein. Er finanziert seine Arbeit in erster Linie durch projektbezogene Mittel von öffentlichen und privaten Auftraggebern. Mitgliedsbeiträge und Spenden ermöglichen die Umsetzung weiterer Projekte.

Jahren gab es eine Diskussion um kleine, modulare, in Fabriken seriell hergestellte Reaktoren, als klar wurde, dass die bisherigen großen Leistungsreaktoren aufgrund von Kosteneskalationen und langen Bauzeiten nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Heute werden diese Ideen wieder verfolgt. So untersucht das US-Militär einmal mehr, ob es nicht kleine, mobile Atomreaktoren für die Energieversorgung seiner Truppen in weit entfernten Schlachtfeldern – theoretisch sogar in Europa – nutzen könnte. Firmen wie die britisch-niederländisch-deutsche Urenco beteiligen sich an solchen hochproblematischen Konzeptentwicklungen. So untersucht das US-Militär verschiedene Konzepte von Mikro-Reaktoren wie das von Urenco entwickelte U-Battery-Konzept auf ihre mögliche Einsetzbarkeit in Kriegsgebieten.

Gleichzeitig sind die heutigen großen Leistungsreaktoren ökonomisch auch gegenüber modernen regenerativen Energieerzeugungen wie Wind und Sonne nicht mehr konkurrenzfähig. Daher hoffen Entwickler auf Kostensenkungen durch eine serielle Massenproduktion. Doch die spezifischen Kosten heutiger klei-

ner Prototyp-Reaktoren wie zum Beispiel des argentinischen CAREM-25 oder des russischen KLT-40s liegen noch deutlich über den spezifischen Kosten für große Leistungsreaktoren. Ob durch die Standardisierung die Kosten jemals soweit gesenkt werden können, dass solche Systeme ökonomisch attraktiv werden, ist dabei offen – genauso wie die Frage, ob ein Anbieter dann auch hunderte oder gar tausende solcher „Serienreaktoren“ am Markt verkaufen könnte. Auch die Frage, welche Konsequenzen für die Sicherheit oder die Proliferation eine solche massenhafte Verbreitung von kleinen Reaktoren hätte, müsste noch intensiv untersucht werden.

▷ Können Sie sich also erklären, woher dann der Medienhype um die Atomkraft rührt?

Dabei spielt natürlich einerseits die Bedrohung durch den Klimawandel eine wichtige Rolle. Die kerntechnische Industrie propagiert den Vorteil des niedrigen CO₂-Ausstoßes der Atomkraft, ohne dem aber die genannten Nachteile gegenüberzustellen. Damit will sie auch in den Genuss staatlicher Förderung gelangen. Denn rein ökonomisch betrachtet ist die Atomenergie heute nicht überlebensfähig. Doch man darf auch nicht vergessen: Es hat immer wieder Wellen einer Atomeuphorie gegeben, in den 1990er Jahren wurden beispielsweise unterkritische, beschleunigergetriebene Reaktoren als die Lösung vieler Probleme propagiert, in den 2000er Jahren haben dann insbesondere die USA eine Renaissance der Atomenergie ausgerufen. Allerdings jeweils ohne durchschlagenden Erfolg. Letztlich müssen wir wohl alle ein bis zwei Jahrzehnte bestimmte Diskussionen wieder durchlaufen, um uns – und dabei gerade auch jungen Menschen – die Gründe für politische Entscheidungen wie den deutschen Atomausstieg wieder zu vergegenwärtigen. Trotz katastrophaler Unfälle wie in Tschernobyl und Fukushima scheint das einfach notwendig zu sein.



Liebes Ende Gelände und umzu,

wir sind - wie so viele - empört, dass der politische Druck, den wir in vielen Jahren hartnäckiger Aktionen gegen den Betrieb von Kohlekraftwerken aufgebaut haben, von den Konzernen gerade schamlos dazu genutzt wird, ihre schrottreifen Altanlagen zu versilbern. Schaut mensch sich die Auslastung der Steinkohlekraftwerke in den letzten Monaten (auch schon lange vor Corona) an, wird schnell klar: Diese Anlagen werden nur noch künstlich am Leben gehalten, um Stilllegungsprämien zu kassieren.

Als Anti-Atom-Gruppe kommt uns das bekannt vor. Auch bei den diversen Atomausstiegen wurden Kraftwerke zum Teil über Jahre künstlich am Leben gehalten (zum Beispiel Biblis A / B), um aus ihrer Stilllegung bei Gelegenheit Profit zu schlagen. Im Fall der AKW war die Währung die so genannte Restlaufzeit. Aktuell geht es darum, pro stillgelegtem Megawatt Bares abzukassieren. Gerade für RWE geht es dabei um viel Geld, das der Konzern gerade dringend braucht. Darüber hinaus wird beim öffentlichen Streiten über die Stilllegungsprämien, die in den Deals angelegte Laufzeitgarantie für die wirklich wichtigen jüngeren Kraftwerke häufig übersehen - auch dies ein Muster, das wir vom letzten Atomausstieg kennen. Nach dem Motto „Atomausstieg lieber nie als gar nicht“ wurde nach einer medial pompös inszenierten ersten Stilllegungsrunde der Weiterbetrieb der leistungsstärksten Reaktoren um ein ganzes Jahrzehnt gesichert und eine mögliche Laufzeitverlängerung im Verfahren schon angelegt.

Call it Bestandsschutz

Im Kern geht es bei energiepolitischen „Ausstiegsbeschlüssen“ also in der Regel um den Bestandsschutz der gewinnbringenden Anlagen, deren Weiterbetrieb durch das Benennen eines Stilllegungsdatums in parlamentarisch ferner Zukunft als „Ausstieg“ verkauft wird. Im Tausch gegen den „Ideologischen Sieg“ der Bewegung dürfen die Anlagen also so lange laufen, wie sie Geld abwerfen.

Wer weiß, ob es 2038 noch die SPD geben wird, die beteiligten Akteure werden ziemlich sicher nicht mehr politisch zur Verantwortung gezogen.

Und wer erinnert sich noch an das große Klimapaket unter Sigmar Gabriel von 2015? Immerhin wurden dabei tatsächlich ein paar Blöcke in Frimmersdorf, Jänschwalde, Buschhaus und Nieder-
außem stillgelegt. Ähnlich wird es dem „Kohleausstieg von 2020“ wahrscheinlich auch gehen.

Was heißt das nun für uns als Bewegung?

Zunächst einmal die schlichte Erkenntnis: „Aus ist Aus, und An ist An“. Stilllegungsversprechen sollte mensch nur so weit trauen, wie mensch ein Kraftwerk werfen kann. Insofern bleibt für uns alles beim Alten, wir müssen weiter machen, in Bewegung bleiben und den (auch materiellen) Preis für den Betrieb der Kraftwerke möglichst hoch halten. Ein fettes Dankeschön zum Beispiel an alle die, die in den letzten Tagen Bagger an allen möglichen Orten besetzt haben. Das Gift der „Ausstiegsrhetorik“ wirkt ja vor allem an den Rändern der Bewegung, bei den NGOs, die bald wichtigere Themen entdecken werden und den Zeitungen, die uns fragen werden, ob wir denn immer noch weiter machen, obwohl wir doch nun schon „gewonnen“ haben.

Und es heißt, beharrlich am Thema dranzubleiben, im Hambi bleiben, bei den Dörfern bleiben, auch wenn sich der Rest der Gesellschaft vom Stilllegungsversprechen einlullen lässt.

Für die sofortige Stilllegung aller Kohlekraftwerke und eine Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind.

Euer Anti-Atom-Büro Hamburg





Fusion ohne Funktion

Die Kernfusion wird als klimafreundliche Energiegewinnung gefeiert. Doch ITER ist gescheitert.

Cadarache Ein von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beauftragtes Gutachten bringt bisher unbekannt Probleme der Kernfusionsforschung, insbesondere des internationalen ITER-Projekts, ans Licht.

ITER verfehlt ein Ziel nach dem anderen und wird bestenfalls noch einen Bruchteil der ursprünglich für essenziell gehaltenen Erkenntnisse liefern – und selbst das viel zu spät. Immer klarer wird, dass Kernfusion für die notwendige Energieversorgung der Zukunft viel zu spät kommen wird, wenn überhaupt jemals.

ITER ist seit jeher geprägt von Verzögerungen und Kostensteigerungen. Das wissenschaftliche Gutachten aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass die Projektziele von ITER in den letzten zwei Jahrzehnten sukzessiv reduziert wurden. So soll die experimentelle Grundlage zur Erreichung der wesentlichen wissenschaftlichen Projektziele von ITER erst ab etwa 2037 entwickelt werden. Und die Fusionsreaktion muss nicht, wie ursprünglich geplant, 10000 Sekunden aufrechterhalten werden, sondern nur noch 10 bis 50. Obwohl von den ursprünglichen, für essenziell gehaltenen Projektzielen nur noch ein Bruchteil verblieben und der Erkenntnisgewinn entsprechend geschrumpft ist, sollen mindestens weitere zehn Milliarden Euro bis zur Fertigstellung und weitere Milliardensummen für den Betrieb bis 2040 investiert werden.

Die ursprünglichen Projektziele von ITER adressierten komplexe Probleme, deren Lösung für das

Betreiben von Fusionsreaktoren unabdingbar sind. Nun soll ihre Erforschung in noch kostspieligere Projekte ausgelagert werden. ITER wird immer mehr zum Verpackungsschwindel.

Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass – anders als bislang allgemein angenommen – ITER keinen Beitrag mehr zu dem Ziel liefern wird, bis 2050 Strom in einem Fusionskraftwerk zu produzieren. Tatsächlich stellt sich sogar heraus, dass Kernfusion mit Tokamak-Technologie von ITER, nicht zu wettbewerbsfähiger Energiegewinnung beitragen wird. Trotz erheblicher Mehrausgaben ist der eigentliche Daseinszweck von ITER damit bereits verfehlt.



Die Verdopplung der Zahlungen an die ungewisse Fusionsforschung und das Milliardengrab ITER zeugt von mangelndem Zukunftsverständnis

Sylvia Kotting-Uhl, B'90/Die Grünen

Obwohl Deutschland schon lange beschlossen hat, aus der Atomenergie auszusteigen, finanziert die Bundesregierung über den EU-Haushalt weiterhin die kostspielige und von Problemen geprägte Kernfusionsforschung. Der größte Teil der Gelder fließt dabei an das schon lange stark in

der Kritik stehende, internationale Kernfusionsforschungsvorhaben ITER, in den kommenden Jahren sogar so viel wie nie.

Generell wird Atomforschung zu Lasten aller anderen Energieforschung privilegiert. Das geht aus einer Regierungsantwort an die Bundestagsabgeordnete der Grünen Sylvia Kotting-Uhl hervor. So werden für Atomforschung, mit einem Löwenanteil für Fusion, 5,3 Milliarden Euro aufgewendet. Für alles andere – Netze, Speicher, Energieeffizienz, Energieeinsparung und -wende – gibt es zusammen nur 5,9 Milliarden Euro.

Es wird also deutlich: Die EU und mit ihr Deutschland investieren nach wie vor horrende Summen in Kernfusionsforschung, obwohl erwiesen ist, dass das Hauptprojekt ITER krachend scheitert. Neben Verzögerungen und massiven Kostensteigerungen, wird das Ziel, 2050 zur Stromversorgung beizutragen, völlig verfehlt und die ITER-Technologie sogar als langfristig nicht wettbewerbsfähig eingestuft.

Die Bundesregierung, so die Grünen, müsse sich nun damit beschäftigen und hinterfragen, ob die Förderung von ITER noch sinnvoll ist. Es sei höchste Zeit, den blinden Glauben an die Kernfusion abzulegen und die Mittel in die zukunftsgewandte Energiewende zu investieren.



Vive l'atome

Der Evolutionäre Leistungsreaktor sollte die Zukunft der Atomkraft sein. Doch der EPR ist ein Fiasko.

Flamanville Der Bau des *Evolutionary Power Reactor* (EPR) in der Normandie ist von Pannen überschattet. Dennoch plant Frankreich, sechs weitere Reaktoren des gleichen Typs zu bauen. Von Charlotte Mijeon

Es gibt Gutachten, deren Studium ein beklemmendes Gefühl hinterlassen: Als 2006 der Bau eines EPR in Flamanville in der Normandie beschlossen wurde, hat das Ingenieurbüro *Les 7 vents du Cotentin* in Zusammenarbeit mit der Anti-Atom-Initiative *Sortir du nucléaire* eine lesenswerte Studie veröffentlicht. In ihr wurde dargelegt, welche Projekte man hätte finanzieren können, wenn man die damals für den EPR angesetzten Kosten von etwa 3,3 Milliarden Euro für Maßnahmen im Rahmen der Energiewende genutzt hätte. Der nationale Energiebedarf hätte dann doppelt finanziert werden können, man hätte knapp 11 000 Arbeitsplätze schaffen oder die CO₂-Emissionen deutlich senken können. Nichts davon ist geschehen. Stattdessen begann Anfang 2007 der Bau des Reaktors an der französischen Küste. Ursprünglich sollte er 2012 ans Netz gehen. Doch auch 13 Jahre nach Baubeginn und nach einer Vervielfachung der Kosten auf aktuell geschätzte 12,4 Milliarden Euro erzeugt der „Spitzenreaktor“ noch immer keinen als CO₂-frei propagierten Strom. Würde man die Studie des Ingenieurbüros mit den aktuell geschätzten Kosten der Anlage aktualisieren – die Fassungslosigkeit über derlei Zeit- und Geldverschwendung wäre wohl grenzenlos.

Bei der Errichtung des EPR häufen sich indes die Probleme, sei es auf der Baustelle selbst oder bei Zulieferfirmen, die wichtige Bauteile herstellen. Schon wenige Jahre nach Baubeginn zeigen sich Risse im Beton, weil er fehlerhaft gegossen wurde. Nachbesserungen führen immer wieder zu Verspätungen. So musste das Baukonsortium *Electricité de France* (EDF) im Jahr 2012 knapp 50 Bauteile wieder demonstrieren, weil Stahl von schlechter Qualität verwendet worden war.

Electricité de France und der Staat Frankreich haben das Fiasko längst erkannt. Aber Aufgeben? Non!



Charlotte Mijeon

2015 monierte die Atomsicherheitsbehörde erhebliche Defekte am Reaktorkessel. Da es nicht möglich war, den ganzen Kessel wieder auszubauen und zu ersetzen, forderte die Behörde 2017, dass zumindest die Decke ersetzt werden solle. Der Rest könne so bleiben, die Schäden sollen durch Vorsichts- und Überwachungsmaßnahmen kompensiert werden. Die eigentlichen Mängel lassen sich durch solch ein Provisorium natürlich nicht ausgleichen. Auch Schweißnähte des Sekundärkreislaufs entsprechen nicht den Qualitätsanforderungen, ein späterer Rohrbruch gilt damit schon jetzt als höher wahr-

scheinlich als dies eigentlich zulässig ist.

Frühestens 2023 soll der Reaktor in Flamanville ans Netz gehen. Weitere Probleme und Verspätungen sind aber schon jetzt vorprogrammiert: Wenn schon vor Inbetriebnahme zahlreiche Defekte an sicherheitsrelevanten Bauteilen entdeckt werden, wie mag es dann erst in Bereichen aussehen, die nicht so streng überwacht werden?

Ganz sicher haben die EDF und der Staat Frankreich das Fiasko längst erkannt, doch Aufgeben kommt offenbar nicht in Frage. Das Problem, so wird der französischen Öffentlichkeit berichtet, läge an einem Mangel an Kompetenzen, den die EDF nur überwinden könne, indem sie den Bau des EPR in der Normandie als „Übung“ für die Errichtung weiterer neuer Reaktoren betrachte. Schon seit einigen Jahren gibt es den Plan, in Frankreich weitere sechs neue EPR-Reaktoren zu bauen. Laut einem Brief des Umwelt- und Wirtschaftsministeriums an die EDF, der von der Zeitung *Le Monde* veröffentlicht wurde, hat der Staat die Firma aufgefordert, sich auf das Mammutprojekt vorzubereiten. Das Vorhaben findet sich tatsächlich auch in der mehrjährigen Energieplanung des Landes. In Frankreich wird man den Atomwahnsinn wohl noch lange bekämpfen müssen.



Atomkraft verliert weltweit an Bedeutung

Die Zahl der in Betrieb befindlichen AKWs ist rückläufig

Fazit Die Zahl der fälligen Rückbauten von Atomreaktoren bis 2030 übersteigt die Zahl der Neubauprojekte um ein Vielfaches. Es setzen nur vier Länder erstmals auf Atomkraft in ihrem Land. Der Anteil der Atomkraft an der weltweiten Stromerzeugung bleibt gering. Das berichtet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

Im Zuge der Klimaschutzdebatte wird vielfach über die Atomkraft als „saubere“ Alternative debattiert. Manche sprechen sogar von einer weltweiten Renaissance der Atomkraft. Doch dies ist nicht der Fall, wie eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) belegt. Die DIW-Ökonomen haben untersucht, ob weltweit tatsächlich verstärkt auf Atomkraft gesetzt wird. Sie haben 207 Atomreaktoren identifiziert, die bis 2030 zurückgebaut werden müssen, weil sie die üblicherweise angesetzte technische Lebensdauer von etwa 40 Jahren überschreiten; diesen Reaktoren stehen derzeit lediglich 46 Neubauprojekte gegenüber.

„Von einer Renaissance der Atomkraft kann nicht die Rede sein. Dennoch ist dieses Narrativ im öffentlichen Diskurs weit verbreitet“, fasst Studienautorin Claudia Kemfert das Ergebnis zusammen. „Der Anteil der Atomkraft an der weltweiten Stromerzeugung ist gering und aufgrund eines überalterten Kraftwerksparks stark rückläufig.“ Waren es im Jahr 1996 noch rund 17 Prozent, die die Atomkraft an der weltweiten Stromerzeugung anteilig hielt, sind es heute nur noch rund zehn Prozent.

Lediglich in zehn Ländern werden derzeit neue Atomkraftwerke gebaut, von denen sechs bereits über Atomkraftwerke verfügen. Dazu gehören neben Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA als westlichen Industriestaaten auch China, Indien und Russland. Vier Länder lassen erstmals in ihrem Land ein Atomkraft-

werk bauen: die Vereinigten Arabischen Emirate, Belarus, die Türkei und Bangladesch.

Wer eine Renaissance der Atomkraft zu sehen meint, stützt sich bei seinen Aussagen in der Regel auf Statistiken der World Nuclear Association (WNA), der Interessenvertretung der globalen Atomindustrie. Die WNA-Liste der „Emerging Nuclear Energy Countries“ beinhaltet mehr als 30 Länder, die demnach angeblich vor dem Einstieg in die Atomwirtschaft stehen. Diese Klassifizierung beruht unter anderem auf sogenannten „Kooperationsverträgen“ dieser Länder mit potentiellen Lieferanten von Atomtechnik.

„Unsere Analyse zeigt jedoch zum einen, dass die wenigen Projekte, die in nur vier Ländern umgesetzt werden, unter großen technischen und finanziellen Schwierigkeiten leiden“, berichtet Studienautor Christian von Hirschhausen. „In allen anderen Ländern gibt es zum anderen zwar eine Reihe von Kooperationsabkommen, jedoch keine konkreten Baupläne.“ Auffällig ist, dass in drei der vier Länder, die erstmals Atomkraftwerke bauen, der russische Staatskonzern Rosatom die Reaktoren baut; nur in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist das südkoreanische Unternehmen KEPCO damit beauftragt. Auch in vier weiteren Ländern, in denen laut WNA bereits unterschriebene Lieferverträge bestehen (Polen, Ägypten) oder es feste Pläne zum Bau von Atomkraftwerken gibt (Jordanien, Usbekistan), ist Rosatom mit Ausnahme von Polen für die Umsetzung vor-

gesehen. Dies wirft Fragen über die Motivation sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite auf.

„Die Gruppe von atomstromproduzierenden Ländern ist eigentlich ein elitärer Club von Industrienationen und natürlich haben viele Länder die Absicht, in diesen Club reinzukommen“, sagt Studienautor Ben Wealer über die Beweggründe dieser Länder. „Andere Motivationen können auch militärisch geprägt sein. Auffallend ist dabei, dass es sich bei den Neueinsteigern um weniger demokratische Staaten handelt.“ Eine Analyse hat ergeben, dass Länder umso wahrscheinlicher in die Gruppe der potentiellen Atomkraft-Newcomer eingeordnet werden, je geringer das Ausmaß der demokratischen Freiheiten ist. Für Länder mit vielen demokratischen Freiheiten ist es hingegen sehr unwahrscheinlich, dass diese als potentielle Neueinsteiger-Länder klassifiziert sind.

„Anstatt den Einstieg neuer Länder in die Atomkraft zu fördern, sollten internationale Organisationen wie die Internationale Atomenergiebehörde IAEA oder auch EURATOM den Fokus auf die Durchsetzung von Sicherheitsstandards legen sowie ungelöste Fragen beim Rückbau von abgeschalteten Kraftwerken und bei der Langfristlagerung für atomare Abfälle angehen“, fordert Studienautor Lars Sorge.

Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die institutionelle Subventionierung des Atomeinstiegs – insbesondere in oftmals politisch instabilen Ländern – aufgegeben wird.

AKW-Generationen und -Typen

Generation I – erste kommerzielle Prototypen, Inbetriebnahme von etwa Mitte der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre: Shippingport 1957, Druckwasserreaktor; Dresden (Illinois) 1960, Siedewasserreaktor, Fermi 1 1963, Brutreaktor

Generation II – kommerzielle Leistungsreaktoren im Betrieb: die meisten Druckwasser- und Siedewasserreaktoren; Schwerwasserreaktoren

Generation III – so gen. Fortschrittliche Reaktoren (evolutionäre Weiterentwicklungen aus Generation II): EPR; AP1000; ABWR; Hochtemperaturreaktor; Advanced CANDU Reactor; MKER; russisches schwimmendes Atomkraftwerk

Generation IV – potenziell zukünftige Reaktortypen (derzeit vom Generation IV International Forum (GIF) vorangetrieben): Flüssigsalzreaktor; S-PRISM; Laufwellen-Reaktor; Brutreaktoren; Small Modular Reactor

Dem **Druckwasserreaktor (DWR)** dient normales Wasser („Leichtwasser“) als Kühlmittel. Der Betriebsdruck wird so hoch gewählt, dass es nicht siedet. Die Brennstäbe sind daher gleichmäßig benetzt, die Wärmeverteilung an ihrer Oberfläche ist ausgeglichen und die Dampfphase mit ihrer Korrosionswirkung entfällt. Häufigster kommerzieller Reaktortyp. Generation I bis IV

Auch dem **Siedewasserreaktor (SWR)** dient normales Wasser („Leichtwasser“) als Kühlmittel. Im Gegensatz zum DWR mit Primär- und Sekundärkreislauf, verfügt der SWR nur über einen einzigen Dampf-Wasser-Kreislauf. Das radioaktiv belastete Kühlmittel ist somit nicht auf den Sicherheitsbehälter (Containment) beschränkt. Zweithäufigster kommerzieller Reaktortyp. Gen. I bis IV

Beim **Schwerwasserreaktor (HWR)** wird schweres Wasser (D_2O statt H_2O) als Moderator – und meist auch als Kühlmittel – verwendet. Schweres Wasser enthält anstelle des gewöhnlichen Wasserstoffs das schwerere Wasserstoffisotop Deuterium. Schweres Wasser absorbiert Neutronen weniger stark als gewöhnliches Wasser. Daher kann dieser Reaktortyp als Natururanreaktor betrieben werden, so dass keine Urananreicherung nötig ist. Auslaufmodell – HWR konnten sich nie durchsetzen. Gen. II und III

Ein **Brutreaktor** dient der Energiegewinnung mit gleichzeitiger Erzeugung weiteren spaltbaren Materials. Ein nicht spaltbares Nuklid wird in ein spaltbares umgewandelt, das dann (nach Einbringung in neue Brennelemente) als Kernbrennstoff verwendet werden kann. Diese Umwandlung findet zwar in jedem Kernreaktor statt, aber von einem „Brutreaktor“ oder „Brüter“ spricht man erst dann, wenn mehr Brennstoff hergestellt, als in der gleichen Zeit verbraucht wird. 4 Reaktoren weltweit in Betrieb. Gen. I bis IV

EPR und **ABWR** sind Weiterentwicklungen von Druckwasser- bzw. Siedewasserreaktoren und gehören zur Generation III+. Im Gegensatz zur Gen. IV ist diese zwar angeblich auf die Beherrschung von Kernschmelzunfällen ausgelegt, aber immer noch auf externe Notfallmaßnahmen angewiesen. Beim EPR befindet sich die Reaktorschutzhülle unter Wasser, um Kühlung zu ermöglichen. Dagegen hat der ABWR einen großen Ausbreitungsraum für eine Kernschmelze, der sie besser kühlbar macht. Ferner existiert eine passive Containment-Kühlung, die den Nachteil des im Vergleich zum EPR wesentlich kleineren Containments (und damit dessen potenziell früheren Versagens) wettmachen soll. EPR: 2 Anlagen in Betrieb, 3 in Bau; ABWR: 4 Anlagen in Betrieb. Gen. III+

Hochtemperaturreaktoren (HTR) ermöglichen sehr hohe Arbeitstemperaturen. Die Bezeichnung HTR wird im Deutschen oft gleichbedeutend mit Kugelhaufenreaktor benutzt. Dieser ist jedoch nur eine von vielen Bauformen. Erwünscht ist die hohe Temperatur zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Insgesamt aber hat sich das Konzept bis heute wegen Schwierigkeiten und Panen nicht durchgesetzt. Bisher keine kommerzielle Nutzung. Generation III und IV

Small Modular Reactors (Kleine modulare Reaktoren; **SMR**) sind kleinere Ausführungen von Reaktoren der Generation III, die in Fabriken hergestellt und dann an einen Montageort gebracht werden können. Sie sollen einen geringeren Aufwand vor Ort, eine höhere Risiko-Eindämmungseffizienz und eine erhöhte Sicherheit der verwendeten Kernmaterialien ermöglichen. SMRs können günstiger produziert werden als herkömmliche AKWs. 1 Anlage in Betrieb. Generation III

Generation-IV-Reaktoren: 2002 wurden vom Generation IV International Forum (GIF) sechs Reaktortypen beschrieben, die als geeignet angesehen werden, die Entwicklungsziele zu erreichen beziehungsweise diesen zu entsprechen. Zum Ziel der Nachhaltigkeit sind die meisten Reaktortypen Brutreaktoren. Jeder Reaktortyp wird hinsichtlich seiner Eigenschaften bewertet, sowie Forschungsschwerpunkte genannt, die bewältigt werden müssen, um die Einsatzreife des jeweiligen Typs zu erreichen.

- **Schneller gasgekühlter Reaktor** (Gas-Cooled Fast Reactor; **GFR**)
- **Höchsttemperaturreaktor** (Very High Temperature Reactor; **VHTR**)
- **Überkritischer Leichtwasserreaktor** (Super-Critical Water-Cooled Reactor; **SCWR**)
- **Schneller natriumgekühlter Reaktor** (Sodium-Cooled Fast Reactor; **SFR**)
- **Schneller bleigekühlter Reaktor** (Lead-Cooled Fast Reactor; **LFR**)
- **Flüssigsalzreaktor** (Molten Salt Reactor; **MSR**)

Im **Laufwellenreaktor (TWR)** wird Brutmaterial in spaltbares Material umgewandelt. Anders als der schnelle Brüter, verwendet der TWR abgereichertes Uran, Natururan, Thorium oder abgebrannte Brennelemente aus LWR. Die Kernspaltung findet nicht im gesamten Reaktor statt, sondern nur in einer bestimmten Zone, die sich mit der Zeit durch den Kern ausbreitet. Konzeptstadium.

BI fordert: Sorgfalt vor Eile!

Nur mit genug Zeit kann die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Endlagersuche gelingen

Partizipation Zwei Fragen zur Interpretation des Standortauswahlgesetzes treiben die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg momentan um. Dabei geht es um die Zeit, die den betroffenen Gebieten zur Vorbereitung der Erörterung des für Herbst avisierten Zwischenberichts gewährt wird – und darum, ob Gorleben schon im ersten Schritt des Standortauswahlverfahrens herausfallen kann. Andreas Conradt fasst ein Gutachten der Hamburger Rechtsanwältin Dr. Michéle John zusammen.

Im Herbst geht die Suche nach dem Standort für ein zukünftiges Endlager für hochradioaktiven Abfall in eine neue Runde. Wenn am 30. September der Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) erscheint, wird die bis heute als „weiß“ bezeichnete Landkarte erstmals Flecken bekommen. Nach Abschluss der Gegenden, die ungünstige geologische Grundvoraussetzungen aufweisen, werden dann auch Regionen außerhalb des Wendlands erstmals mit der Möglichkeit eines Atommülllagers in ihrer unmittelbaren Nähe konfrontiert sein. Die Anzahl der besser geeigneten Teilgebiete für ein Endlager werde im „hohen zweistelligen Bereich“ liegen, teilte Dr. Jörg Tietze von der BGE dem Atomausschuss des Landkreises Lüchow-Dannenberg kürzlich mit. Es seien „zwischen 50 und 90“ Gebiete zu erwarten. Dabei ist anzunehmen, dass die Nachricht in vielen Landkreisen wie eine Bombe einschlagen

und Bürgermeister/-innen und Bewohner/-innen völlig unvorbereitet treffen wird. Diese Unruhe zu moderieren wird die Aufgabe des Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BASE) sein.

Die Behörde ist für die im Standortauswahlgesetz (StandAG) festgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung zuständig. Nach §9 beruft das BASE nach Erhalt des Zwischenberichts die *Fachkonferenz Teilgebiete* ein. Auf der Homepage des BASE ist aktuell zu lesen, dass die BGE im Rahmen der Konferenz „ihren Zwischenbericht zur Diskussion stellt. Er gibt der Öffentlichkeit erstmals einen Einblick in den Stand der Arbeiten zur Endlagersuche. In dem Bericht, der vor Veröffentlichung nicht durch BASE oder Bundesregierung überprüft wird, zeigt das Unternehmen, welche Gebiete in Deutschland weiter im Verfahren bleiben sollen.“ Im StandAG ist zudem die Zusammensetzung der Fachkonferenz ausgeführt: „Teil-

nehmende Personen sind Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Gebietskörperschaften der ermittelten Teilgebiete, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.“ Ursprünglich sollte die Konferenz den Zwischenbericht der BGE in „höchstens drei Terminen innerhalb von sechs Monaten“ erörtern.

So weit, so leidlich gut, wäre da nicht der enorme Zeitdruck, den das BASE aufgebaut hat. Denn das Amt hat inzwischen bekannt gegeben, die *Fachkonferenz Teilgebiete* bereits Mitte Oktober zu beginnen – gerade einmal zweieinhalb Wochen nach Bekanntgabe des Zwischenberichts. Zwar hat das BASE inzwischen auf vielfältige Kritik aus der Anti-Atom-Szene und dem Nationalen Begleitgremium (NBG) reagiert und gesteht der Konferenz nun vier statt der gesetzlich geforderten drei Termine in gut acht (statt sechs) Monaten zu – BASE-



Präsident Wolfram König spricht in diesem Zusammenhang von einer „mutigen Interpretation“ des StandAG –, doch das eigentliche Problem ist dadurch nicht entschärft: Wie sollen Landräte und Bürgermeister/-innen, die sich bislang mit Aufgabenstellungen der Dimension Kreisstraße, Hallenbad, Schülertransport befassen mussten (und weiter müssen), sich innerhalb kürzester Zeit auf eines der größten Probleme der Menschheit vorbereiten? Allein die Ladungsfrist für Gemeinderatsmitglieder beträgt in der Regel sieben Tage, Hotels wollen gebucht sein, Verwaltungskapazitäten von oftmals ehrenamtlichen Bürgermeister/-innen sind knapp. „Gut vierzehn Tage Einarbeitungszeit für eine derart komplexe Materie ist viel zu wenig“, beklagt der Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI), Martin Donat. „Wir im Wendland sind ja permanent mit der Thematik befasst, hier gibt es einen Atomausschuss und Bürger/-innen, die seit vierzig Jahren an der Thematik arbeiten. Aber Menschen in anderen Regionen werden mit einer solchen Zeitvorgabe überrumpelt! Für uns stellt sich die Frage, warum nicht nach der Vorlage des BGE-Zwischenberichts und noch vor Einberufung einer ersten *Fachkonferenz Teilgebiete* eine angemessene Lesezeit sowie Informationsveranstaltungen zur Erläuterung des Berichts angeboten werden können.“ Entsprechende Vorschläge der BI, aber auch vom BUND und dem Nationalen Begleitgremium (NBG), wurden vor allem vom BASE mit Hinweis auf das gesetzlich festgeschriebene Verfahren abgelehnt. Pikantes Detail: Die BGE scheint durchaus Verständnis für die Forderungen nach einer Lesezeit zwischen Vorstellung des Berichts und offiziellem Beginn der *Fachkonferenz Teilgebiete* aufzubringen. Sie wollte die von BASE-Präsident König zugestandene zusätzliche Zeit dafür nutzen, den ersten Termin der Konferenz Mitte Oktober als so genannte „Prä-Konferenz“ ohne Geschäftsordnung und als reine Informationsveranstaltung abzuhalten. Bis zum nächsten Termin

im Februar wäre dann immerhin ein Vierteljahr Zeit gewesen, um Kommunalvertreter/-innen und Bürger/-innen der benannten Teilgebiete Vorbereitung zu ermöglichen. Eine entsprechende Formulierung war kurz auf der Website der BGE aufgetaucht. Doch das BASE intervenierte umgehend und forderte die BGE auf, das Konzept zu ändern. Nun bleibt es dabei: Die *Fachkonferenz Teilgebiete* nimmt ihre Arbeit am 17. und 18. Oktober auf – beim ersten von vier Terminen – und steigt mit der Erstellung einer Geschäftsordnung auch gleich in die Sacharbeit ein. Nur so, begründet das BASE, könne den Vorgaben des StandAG Rechnung getragen werden. Zu einer anderen Einschätzung kommt Dr. Michéle John. Sie ist Partnerin in der Rechtsanwaltskanzlei Günther in Hamburg und hat für die BI Lüchow-Dannenberg eine gutachterliche Stellungnahme zum Paragraph 9 des StandAG und damit zur Frage der Vorbereitungszeit auf die *Fachkonferenz Teilgebiete* verfasst.



Ohne Möglichkeit der Vorbereitung kann keine Auseinandersetzung auf Augenhöhe stattfinden

Dr. Michéle John

Darin erläutert sie, dass das BASE die Konferenz „beruft“, dazu also offen einlädt. So sollen Vertreter/-innen der Kommunen, der gesellschaftlichen Organisationen und der Bürgerschaft aus den Teilgebieten besonders angesprochen werden. Auch die Teilnahme von Fachleuten außerhalb der betroffenen Teilgebiete ist ausdrücklich erwünscht, um vertiefende Diskussionen und eine standortübergreifende Sichtweise zu ermöglichen. Die Zahl der Teilnehmer/-innen ist dabei nicht näher spezifiziert, sodass diese abhängig von der Beteiligungsbereitschaft und dem Ermessen des BASE ist. Geregelt ist aber, dass das BASE die Fachkonferenz „nach Erhalt des Zwischenberichts“ beruft, schließlich ist dem BASE erst ab diesem Zeitpunkt bekannt, welche Teilgebiete ermittelt wurden und wer besonders angesprochen werden soll. So dürfen Bürgermeister/-innen und Gemeinderäte besonders daran inte-

ressiert sein, frühzeitig vor Beginn der Fachkonferenz zu wissen, ob ihr Gemeindegebiet in einem der ermittelten Teilgebiete liegt. John weist nun darauf hin, dass, anders als das BASE glauben machen will, der Gesetzgeber nicht geregelt hat, wieviel Zeit zwischen Veröffentlichung des Zwischenberichts und Einberufung der Fachkonferenz vergehen soll. Vielmehr ist mit Blick auf die im StandAG gesetzlich normierten Grundsätze der Öffentlichkeitsbeteiligung den Teilnehmer/-innen zur gründlichen Vorbereitung auf die Erörterung des Zwischenberichts bereits zum ersten Termin ausreichend Zeit zur Verfügung zu stellen. Ähnlich argumentierte bereits der Hamburger Rechtsanwalt Jörg Kuhbier in einer Stellungnahme ausgerechnet für das BASE. Notwendig wären beispielsweise eine ausreichende Lesezeit und zusätzliche Informationsveranstaltungen, sobald der Zwischenbericht der BGE vorliegt. „Jedenfalls widerspricht es den Grundsätzen der Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn ab Veröffentlichung des Zwischenberichts und bis zum ersten Termin der *Fachkonferenz Teilgebiete* keine oder nur wenig Vorbereitungszeit verbliebe“, so Michéle John. Als angemessene Vorbereitungszeit dürfe ein Zeitfenster von mindestens zwei bis drei Monaten vor dem ersten Termin zur Konferenz angenommen werden. So wurde es von NBG und NGOs gefordert und schließlich, mit der Deklaration des ersten Termins Mitte Oktober als „Prä-Konferenz“, auch von der BGE akzeptiert und geplant. Rechtsanwältin John weist in ihrem Gutachten darauf hin, dass das Ergebnis der nun erfolgten Zurückweisung dieser Pläne durch das BASE dem StandAG widerspricht. Auch der starr festgelegte Zeitplan der Fachkonferenz mit vier Terminen bis Mitte Juni nächsten Jahres erscheint Rechtsanwältin John problematisch: „Im Rahmen der Fachkonferenz soll die Anwendung der Ausschlusskriterien, der geologischen Mindestanforderungen und der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien erörtert werden, die zur Identifizie-

rung von Teilgebieten durch den Vorhabenträger geführt haben. Erörterungsterminen wird auch im atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren richtigerweise eine zentrale Bedeutung beigemessen. Denn Zweck der Erörterungen ist es, Transparenz und Kontrolle im Verfahren zu schaffen. Die neuen Beteiligungsformate im StandAG und damit auch die *Fachkonferenz Teilgebiete* sollen im Ergebnis qualitativ hochwertig, legitimiert und akzeptabel gestaltet werden und über die übliche Öffentlichkeitsbeteiligung hinausgehen. An dieser ambitionierten Zielvorgabe muss sich die *Fachkonferenz Teilgebiete* im Ergebnis messen lassen.“ Ihr komme eine maßgebliche Rolle schon gleich zu Beginn des Suchverfahrens zu, denn das Beratungsergebnis sei im weiteren Verfahren von Relevanz. In der Tat kann es vom Zwischenbericht der BGE abweichen und diesen modifizieren. Es kann somit auf den Vorschlag des Vorhabenträgers zur Auswahl der überständig zu erkundenden Standorte durchschlagen. Ein solides Beratungsergebnis zum Ende der Fachkonferenz kommt allerdings nur zustande, wenn die beteiligte Öffentlichkeit von Beginn an die Möglichkeit hatte, sich auf alle Termine

frühzeitig, umfassend und systematisch vorzubereiten und sich, wie es im Gesetz heißt, „dialogorientiert“ in den Erörterungsterminen zu äußern und damit den Zwischenbericht der BGE zu hinterfragen. Diesen Grundsätzen wird das BASE nur gerecht, wenn *nach* Veröffentlichung des Zwischenberichts und *vor* dem ersten Termin der Fachkonferenz der Öffentlichkeit noch genügend Zeit zur Vorbefassung, durch ausreichend Lesezeit und vorbereitende Informationsveranstaltungen, verbleibt. John: „Es dürfte unzweifelhaft sein, dass ohne entsprechende Möglichkeit der Vorbereitung eine Erörterung und öffentliche Auseinandersetzung mit dem Zwischenbericht der BGE auf Augenhöhe nicht stattfindet. Weil aber die Nichteinhaltung von Fristen im StandAG keinen Verfahrensfehler begründet, könnten durchaus zusätzliche Termine zur Erörterung oder weitere Zeitfenster angesetzt werden.“

Ein zweiter Themenkomplex, den die BI Lüchow-Dannenberg durch die Rechtsanwältin Michéle John hat überprüfen lassen, betrifft die Frage, ob der Standort Gorleben bereits im Zwischenbericht der BGE zu den „nicht identifizierten Teilgebieten“ gehören und schon mit der Veröffentlichung des Berichts im Herbst durch eine negative Auswahlentscheidung aus dem Verfahren ausscheiden könnte. Maßgeblich für die Beantwortung scheint hier die Interpretation des Paragraphen 36, Abs. 1 des StandAG zu sein. Darin ist geregelt, dass der Salzstock Gorleben wie jeder andere in Betracht kommende Standort in das Standortauswahlverfahren einbezogen wird. Umgekehrt muss der Ausschluss erfolgen, wenn Gorleben weder zu den überständig zu erkundenden Standortregionen noch zu den unterständig zu erkundenden Standorten gehört. Interessanterweise führt das Gesetz aber auch die Möglichkeit eines Aus-

schlusses auf, wenn der Salzstock Gorleben nicht zu den bis zum 30. September ermittelten *Teilgebieten* gehört. Das hat im Wendland die Frage aufgeworfen, ob selbst ein räumlich so eng gefasstes Gebiet wie ein Salzstock ein „Teilgebiet“ sein kann. Rechtsanwältin John bejaht das: „Die Frage ist mit einem klaren Ja zu beantworten. Auch der Standort Gorleben kann ein solches Teilgebiet sein, denn der Begriff ‚Gebiet‘ bezeichnet einen in sich geschlossenen räumlichen Bereich von größerer Ausdehnung. Der geschlossene räumliche Bereich des Salzstocks Gorleben kann ohne weiteres unter diesen Begriff fallen. Der Standort kann aus dem weiteren Auswahlverfahren ausscheiden, wenn in einer der Verfahrensstufen eine negative Auswahlentscheidung getroffen wurde. Eine solche Entscheidung kann auch bereits zu Beginn des Verfahrens fallen. Rechtsfolge einer solchen negativen Auswahlentscheidung wäre, dass der Salzstock Gorleben von der weiteren Suche im Standortauswahlgesetz ausgeschlossen bleibt.“

Wolfgang Ehmke, BI-Pressesprecher, sieht sich in seiner Einschätzung durch das Gutachten aus Hamburg bestätigt und will nichts unversucht lassen, weitere geologische Argumente, die für den frühen Ausschluss Gorlebens aus dem Verfahren sprechen, zu liefern: „Wenn die BGE unserer Forderung nachkommt, vor Erstellung des Zwischenberichts die im Gesetz aufgeführten Kriterien zur obertägigen Beurteilung von Teilgebieten vollumfänglich auch auf den Salzstock Gorleben-Rambow anzuwenden, dann muss Gorleben noch in diesem Herbst endgültig rausfliegen! Mit dieser Auffassung stehen wir nicht allein, sowohl Geologen wie auch große Umweltschutzorganisationen teilen unsere Ansicht und unterstützen uns dabei.“



Behörden | Kommissionen | Institutionen

BASE – Im **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (neuer Name seit 2020, vorher BfE)** werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das ►BASE.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

Die **Fachkonferenz Teilgebiete** ist das erste gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsformat im Standortauswahlverfahren. Gegenstand sind die Zwischenergebnisse der Bundesgesellschaft für Endlagerung (►BGE) dazu, welche Gebiete grundsätzlich für die Endlagerung geeignet sind und daher weiter im Verfahren betrachtet werden sollen. Basis dieser Analyse bilden verfügbare geologische Daten, die die BGE gesammelt hat. Der **Zwischenbericht** nennt keine Standorte zur weiteren Untersuchung. Dies ist erst in einem weiteren Schritt mit weiteren Beteiligungsmöglichkeiten (Regionalkonferenzen, Rat der Regionen, Stellungnahmeverfahren und Erörterungstermine) geplant.

Kriterien | Anforderungen | Bestimmungen | Untersuchungen

Sicherheitsanforderungen – Sie konkretisieren den Stand von Wissenschaft und Technik, der bei Errichtung, Betrieb und Verschluss eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle einzuhalten und von der jeweiligen Genehmigungsbehörde zu prüfen ist. Sie sollen der Maßstab für die Sicherheit eines Endlagers sein.

Sicherheitsbestimmungen – siehe Sicherheitsanforderungen

Sicherheitsuntersuchungen – Auf der Grundlage der Erkundungsergebnisse macht die ►BGE in jeder der drei Phasen der Endlagersuche vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und wendet die Anforderungen und Kriterien auf die zu untersuchenden ►Teilgebiete, ►Standortregionen bzw. ►Standorte an.

Ausschlusskriterien – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen.

Mindestanforderungen – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hoch radioaktiven Abfalls in Frage kommen können, müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein.

Abwägungskriterien – Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen.

Gesetze | Verordnungen

Geologiedatengesetz (GeoIDG) – Das neue Gesetz schafft die Voraussetzung für die geologische Landesaufnahme sowie für die Übermittlung und Sicherung geologischer Daten.

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte – die untertägig erkundet werden sollen (§16)

A und A

Die Endlagersuche läuft unrund

Partizipation Alles Bitten, alles Fordern half nicht. Dabei hätte das Atommüllbundesamt (BASE) nur umsetzen zu brauchen, was ihm in einem Gutachten, das es selbst bestellt hatte, empfohlen wurde. Nun thront über der ersten Phase der Endlagersuche ein A&A. Von Wolfgang Ehmke

Das erste A steht für asymmetrisch und umschreibt, dass es keine Augenhöhe im ersten formalen Beteiligungsschritt geben wird. Vieles ist derzeit noch ungeklärt: die Zahl der Teilgebiete, deren Zuschnitt. Und die Verfahrensfragen sind ohnehin noch ungeklärt. Am 30. September wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) das Geheimnis gelüftet und dann ist klar, wer von der Endlagersuche betroffen ist.

Das wird ein Schock für einige sein. Wie sollen die Menschen in den Teilgebieten, deren kommunale Vertreter/-innen, Leute aus den Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, wenn es die dann schon gibt, auf Anhieb und auf Augenhöhe mitreden, widersprechen, mitentscheiden können?

Um Formen der Partizipation auszuloten, hatte das BASE ursprünglich einen Forschungsauftrag an das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) erteilt. Unter dem Titel „Erhebung, Analyse und Bewertung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren“ hat das UfU im Januar 2018 eine Reihe von Umsetzungsmöglichkeiten und Gelingensbedingungen vorgestellt. Petitesse am Rande: Das Gutachten ist auf der Homepage des BASE nicht mehr auffindbar! Ziel der Expertise war, dem BASE Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Partizipationsmöglichkeiten über das hinaus bewerkstelligt werden könnten, was im StandAG angeführt wurde. Das Gesetz gestattet dem BASE ausdrücklich die Fortentwicklung von Beteiligungsformen über die „gesetzlich geregelten Mindestanforderungen“ hinaus. Das hätte im Vorfeld so aussehen können, dass der Verfahrensträger, die BGE, ihre Arbeitsergebnisse Stück für Stück veröffentlicht, damit sich Betroffene rechtzeitig und umfassender mit dem Zwischenbericht ausei-



nersetzen können. Aber das BASE hat das abgeblockt, der große Knall wird präferiert.

Abgeblockt wurden auch alle Überlegungen, wie Menschen, die sich dann an der Fachkonferenz Teilgebiete beteiligen wollen, dafür nicht auch noch bezahlen müssen. Die Idee war im Raum, ob nicht eine Teilnahme – weil die Konferenzen in der Regel unter der Woche stattfinden – über Bildungsurlaub ermöglicht werden könnte. Die Reisekosten werden vielleicht für Privatpersonen, die nicht für einen Verband anreisen, erstattet, vielleicht. Die Übernachtungskosten nicht.

Am gravierendsten ist aber wohl, dass es kein Budget des BASE für wissenschaftliche Expertise geben wird, die in den Teilgebieten dringend benötigt werden dürfte. Das Atommüllbundesamt redet sich darauf hinaus, dass laut Gesetz auch Wissenschaftler/-innen Mitsprachemöglichkeiten haben und dass Bürger/-innen auf das NBG zugehen sollten, um dort die Expertise zu bestellen. Es ist zum Heulen, denn wer wird schon geowissenschaftliche 3D-Modelle „lesen“ können, wer kennt den Unterschied zwischen Sockel- und Scheitelstörungen und was unterscheidet diese von Störungszonen...? Ich behaupte, das ist gewollt! Bürger/-innen sollen gar nicht auf Augenhöhe mitreden können.

Das zweite A steht für asynchron. Es ist an Absurdität kaum zu überbieten, dass die Fachkonferenz Teilgebiete einen Bericht fertigt,

den die BGE dann „berücksichtigen“ muss, wenn in diesen sechs bis neun Monaten, die bis zur Abgabe des Berichts verbleiben, die BGE natürlich nicht die Pforten schließt oder nur herumreist, um in den 60 bis 90 Teilgebieten Rede und Antwort zu stehen, sondern weiterarbeitet. Die BGE wird weitere Geodaten geliefert bekommen, auch analoge, und mit ihren Tools die Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien auf die festgestellten Teilgebiete anwenden. Wenn dann der Bericht der Fachkonferenz Teilgebiete im Spätsommer 2021 vorgelegt wird, kritisiert, würdigt, beschreibt diesen Arbeitsstand von neun Monaten zuvor, es ist der berühmte Schnee von gestern.

Man könnte annehmen, dass das erste Beteiligungsformat vom Gesetzgeber gar nicht durchdacht wurde und dass dieser Verfahrensfehler erst jetzt, wo es losgeht, auffällt. Dann aber müsste und könnte das BASE aktiv werden, um ihn zu heilen. Man hätte wichtige Informationen und Ergebnisse – zum Beispiel zu Gebieten, die wegen seismischer Aktivitäten herausfallen oder weil sie durch den Bergbau geschädigt sind – Schritt für Schritt fortlaufend und vor dem endgültigen Zwischenbericht veröffentlichen können. Es ist auch nicht vorgesehen, dass die BGE nach der Vorlage des Zwischenberichts weitere Monatsberichte veröffentlicht, damit die Fachkonferenz Teilgebiete Einblick nehmen kann.

Wie Luftballons zerplatzen die Partizipationsmöglichkeiten und über allem prangen in großen Lettern die Versprechen, es handle sich um ein lernendes und partizipatives Verfahren. In Wirklichkeit ist das Verfahren völlig verfahren und das BASE ist nicht lernfähig, sondern schaltet auf stur und unterläuft somit die Partizipation.

BBU: „Abbau von Bürgerbeteiligung“

Beim Streichen von Bürgerrechten zeigen Bund und Länder große Eile

Recht Mit Entsetzen hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) auf die Verabschiedung des Planungssicherstellungsgesetzes reagiert. Die faktische Abschaffung des Erörterungstermins sei ein schwerer, nicht zu rechtfertigender Eingriff in die demokratischen Rechte der Bevölkerung und in das Umweltrecht.



Auf deutliche Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) ist die Verabschiedung des Planungssicherstellungsgesetzes Mitte Mai gestoßen. Vor dem Hintergrund der Corona-Krise würden die Behörden nun geradezu gesetzlich ermutigt, so der BBU, Erörterungstermine in eine völlig wirkungslose Online-Konsultation umzuwandeln oder – je nach Gesetz – ganz entfallen zu lassen. Betroffen sind fast alle zentralen Bereiche des Umweltrechts, beispielsweise das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Kreislaufwirtschaftsgesetz und das Atomgesetz.

Um die Bedeutung von Erörterungsterminen zu unterstreichen, bei denen die Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Umweltverbänden und anderen Organisationen gegen konkrete Planungsvorhaben bisher immer wieder intensiv mit Genehmigungsbehörden und Antragstellern erörtert wurden, erinnert der BBU an stark besuchte und mehrtägige oder gar mehrwöchige Erörterungstermine zum Beispiel zur Atommüll-Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf, die letztlich nicht gebaut wurde, zum Atommüll-Lager Schacht Konrad oder zum Bahnprojekt Stuttgart 21. Noch in der jüngsten Zeit beteiligten sich Mitglieder des BBU an Erörterungsterminen zum Atommüll-Lager Ahaus sowie an Erörterungster-

minen zu Chemieanlagen, darunter beispielsweise in Gütersloh, Darmstadt und Mainz.

Das Planungssicherstellungsgesetz soll mindestens bis zum 31. März 2021 gelten – und damit ausgerechnet in der eigentlich als vertrauensbildende Maßnahme gedachten ersten Phase der Bürgerbeteiligung im Zuge der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll.

Der BBU kritisiert, dass so im Windschatten der Corona-Krise umstrittene Großprojekte genehmigt werden können, ohne dass die Öffentlichkeit und die Umweltverbände wirksam Einfluss nehmen können. Der Umweltverband und mit ihm rund 35 Initiativen verschiedenster Arbeitsfelder – auch die BI Lüchow-Dannenberg ist dabei – fordern stattdessen, Genehmigungsverfahren, in denen ein Erörterungstermin stattfinden kann oder muss, bis zum 30. September dieses Jahres auszusetzen und nach einer dann aktuellen Lagebeurteilung über zukünftige Schritte zu entscheiden. Dies hatte der BBU im Rahmen der Anhörung zum Gesetzentwurf dem Bundes-Umweltministerium mitgeteilt – leider erfolglos. Das Gesetz wurde Mitte Mai verabschiedet.

„Sicherlich ist es geboten, Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie schnell zu ergreifen“, so Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU. „Aber die Bundesregierung hat die falschen Maßnahmen

ergriffen. Nun soll es im Ermessen der Behörde liegen, ob eine Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet statt einer Auslegung erfolgt. Zur Vermeidung von Kontakten hätte die Veröffentlichung im Internet stattdessen zusätzlich zur Auslegung, wenn sie erfolgt, verpflichtend festgelegt werden müssen. Und statt Genehmigungsverfahren auszusetzen, setzt die Bundesregierung unnötig zentrale Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit und der Umweltverbände aus.

So stellt der Erörterungstermin das Herzstück umweltrechtlicher Verfahren dar. Nur im direkten Dialog zwischen Einwendern, Antragstellern und Behörden können wirksam Mängel eines Projekts aufgezeigt werden. Stattdessen wurden mit dem neuen Gesetz die Betroffenen faktisch zu Statisten gemacht. Die neue gesetzliche Bestimmung geht zu Lasten der Umwelt und des Schutzes der menschlichen Gesundheit.“ Das ist in der Tat widersinnig, denn genau zu deren Schutz ist das neue Gesetz ja erdacht worden.

„Ein Aussetzen bis zum 30. September 2020 hätte Behörden und Betreibern zugemutet werden können, in dem in dieser Zeit Verfahren hätten behandelt werden können, für die auch bisher kein Erörterungstermin vorgesehen war. Zudem ist ein Aussetzen von weniger als fünf Monaten als eine Verzögerung anzusehen, die in Genehmigungsverfahren ohnehin durchaus üblich ist.“

Corona und die Klimakrise

Aktivistin Lisann Mai über Klimaziele, Sichtbarkeit und neue Wege

Interview Lisann Mai ist Studentin der Ethnologie und Bildungswissenschaft in Heidelberg. Im Frühjahr musste sie wegen des Lockdowns infolge der Corona-Pandemie ihr Praktikum im Büro der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg vorzeitig abbrechen. Nun hat Wolfgang Ehmke sie befragt, wie *Fridays for Future* (FFF) damit umgeht, dass die Klimakrise von der Corona-Pandemie überrollt wurde.

Noch bevor unser Gespräch beginnt, spricht Lisann aus, was ihr wichtig ist. Sie betont, dass sie dieses Interview als Einzelperson, die sich bei *Students* und *Fridays for Future* in Heidelberg auf lokaler Ebene engagiert, gab. Alles, was sie hier äußern wird, sei zwar mit wenigen weiteren Engagierten abgesprochen, aber repräsentiere ausschließlich ihre eigene Meinung: „Ich spreche also als Teil einer Bewegung, aber nicht für die Bewegung“.

▷ Als Folge des Lockdowns könnte der weltweite CO₂-Ausstoß im Jahr 2020 um mehr als fünf Prozent sinken. Zuletzt hatte es während der Finanzkrise 2008 einen Rückgang des CO₂-Ausstoßes gegeben. Damals hatte er 1,4 Prozent betragen. Auch der Ausstoß von Stickstoffdioxid (NO₂) ist gesunken, wie unter anderem von der NASA veröffentlichte Satellitenbilder über China zeigten. Ist das für FFF ein Grund zur Freude?

Zuallererst ist wichtig zu betonen, dass die Corona-Krise viele Menschen hart trifft, weil sie zum Beispiel Anstellung(en) verlieren oder sozial isoliert sind. Sich über gesunkene Emissionswerte zu freuen, ist also zynisch. Es gilt weiterhin, die Ziele der Klimakonferenzen umzusetzen. 2020 ist eigentlich das Jahr, in dem weitere Ziele mit konkreten

Handlungen benannt werden sollten. Diese müssen – unabhängig von Konjunktur und Rettung der Wirtschaft in der Corona-Krise – beachtet und umgesetzt werden. Die Politik steht nun vor einer besonders schweren Herausforderung, da natürlich wenige Maßnahmen umgesetzt werden sollen, so dass noch mehr Arbeitsplätze wegfallen. Rettungen von Firmen könnten aber dennoch mit Verpflichtungen zu CO₂-Senkungen verbunden werden. Jedoch zeigen auch Studien, dass der CO₂-Gehalt gar nicht so viel gesunken ist, sondern eher noch steigt.

▷ Hast du Angst, dass die Corona-Pandemie und damit die Sorge um die Gesundheit letztlich die Themen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit zu einem Randthema machen? Wie kann man sich trotzdem Gehör verschaffen?

Für den größten Teil der Gesellschaft ist Gesundheit gerade ein zentrales Thema und das ist wichtig und richtig so! Trotzdem habe ich Angst, dass Klimaschutz und gerade Klimagerechtigkeit zu Randthemen werden, wenn sie es nicht sogar schon sind. Gerade wird ja vehement versucht, in sozialen Medien Aufmerksamkeit zu schaffen. Dabei ist aber fraglich, ob die Algorithmen die Themen so sehr in die Gesellschaft tragen, wie es Demonstrationen sonst tun. Dennoch sind



gerade in diesen Zeiten Demonstrationen weiterhin ein wichtiges Mittel der Meinungsäußerung und Protestkultur – natürlich mit Sicherheitsabstand. FFF stellt sich nämlich weiterhin hinter ihren Leitspruch: „Unite behind the Science!“. Neue Formen, sich im öffentlichen Raum Gehör zu verschaffen, könnten zum Beispiel Kunstinstallationen, Kreidesprüche auf Gehwegen, Musikinstallationen, Banner und Plakate in Fenstern sein, kurz gesagt alles, was Menschen außerhalb der (Internet-)Bubble auf ihren alltäglichen Wegen erfahren können. Plattformen wie YouTube oder Instagram sind für meine Generation aber auch alltägliche Orte, sodass über sie auch jüngere Menschen außerhalb des eigenen Kreises verstärkt erreicht werden können.

▷ Vielleicht war ja die Entschleunigung des Lebens, so wie wir es gerade auch sehr persönlich erlebt haben, eine Chance, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Demos in den letzten Wochen und Monaten vor der Pandemie hatten nicht mehr den großen Zulauf. Ist bei FFF ein wenig die Luft raus? Welche Perspektive haben aus deiner Sicht die Klimastreiks?

Die Demonstrationen hatten nur zum Teil weniger Zulauf. Mir fällt zum Beispiel die Groß-Demo in Hamburg zur Senats-Wahl ein. Zwischenbilanzen werden – zumindest in Heidelberg – häufig gezogen. Für einige Aktivist:innen ist es nicht leicht, zu sehen, dass das Thema von der Straße und damit vielleicht auch aus dem öffentlichen Raum verschwindet. Dass deswegen die Luft bei FFF raus ist, bezweifle ich jedoch. Die nächsten Schritte sind jetzt eher, sich neue Formate zu überlegen, zu schauen, wie konkret weitere Forderungen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene getroffen werden können und wie weiterhin die Bewegung in den Medien präsent bleibt. Für den globalen Aktionstag am 24. April hatten wir zum Beispiel in der Heidelberger Lokalzeitung ein Kinderrätsel veröffentlicht. Die Globalen Klimastreiks waren vielleicht

das Aushängeschild; jetzt setzen wir verstärkt auf inhaltliche Arbeit und Bildung. Auf der Bundesebene werden zum Beispiel Webinare für die interne und externe (Weiter-)Bildung ausprobiert und umgesetzt. Auf YouTube kann man unter #WirBildenZukunft zu den Bereichen Aktivismus, Klimagerechtigkeit und Klimaschutz einiges dazu lernen!

In Heidelberg geben wir nun auch eigene Inputs und gestalten manche Plena ausschließlich zu einem Thema, damit Entscheidungen, zum Beispiel zu Positionierungen zu Antikapitalismus, mit einem ähnlichen Grundwissen getroffen werden können. Aktionstage, an denen die Stadt verschönert wird, laufen zusätzlich noch weiter. Die Zwischenbilanzphase und damit Ausprobierphase von neuen Vernetzungsformen dient aber auch dazu, noch mehr Zeit in die globale Vernetzung aller *Fridays for Future*-Gruppen global zu stecken. Das läuft dann nicht mehr wirklich von lokaler Ebene aus, aber ist meiner Meinung nach gerade jetzt ein super wichtiger und notwendiger Schritt.

▷ Es heißt immer, eine Bewegung braucht Gesichter. Weltweit ist nun unbestritten Greta Thunberg „das Gesicht“ von FFF, in Deutschland vielleicht Luisa Neubauer. Wie siehst du das? Gibt es eine FFF-interne Debatte um die Frage, wer die Bewegung repräsentiert?

Der Spruch stimmt vermutlich. Hier in Heidelberg haben wir über dieses Thema in vielen Diskussionen gesprochen. Für die öffentliche Wahrnehmung ist es sicherlich sinnvoll, ein Gesicht zu haben. Dadurch können Identifikation und ein Wiedererkennungswert entstehen. Dennoch finde ich es kritisch, dass immer die gleichen Personen gezeigt werden. Greta und Luisa werden aber beide als Frauen gelesen und das ist für eine politische Bewegung, die zumal noch so jung ist, ein super Fortschritt! Lösungsansätze, dass immer unterschiedliche Personen Interviews geben, sind schon entwickelt und werden auch an eini-

gen Stellen umgesetzt – eine interne Debatte wird also auf jeden Fall geführt. Wenn die Medien nur nicht immer an Luisa interessiert wären, könnte sich FFF nach außen hin sicherlich mehr als basisdemokratische Bewegung präsentieren.

▷ Wenn du drei Wünsche frei hättest, als Zauberfee, was würdest du dir für die nächsten Wochen und Monate wünschen?

Das ist schwierig zu sagen. Für mich sind neben der Klimakrise Fragen um Feminismen und postkoloniale Theorien notwendige Themen. Die prekären und menschenunwürdigen Situationen an den europäischen Außengrenzen beschäftigen mich gerade sehr – die Lager auf den griechischen Inseln müssen sofort evakuiert werden! Das wäre mein erster Wunsch. Übrigens lassen sich Fluchtursachen auch stark auf die Klimakrise und unser kapitalistisches System zurückführen.

Mein zweiter Wunsch wäre, dass Stimmen von (Klima-)Aktivist:innen, wie zum Beispiel Vanessa Nakate, aus dem Globalen Süden stärker Gehör finden und in den öffentlichen Diskurs eingebettet werden. Auf dem Weltwirtschaftsforum entstand ein Bild mit der ugandischen Klimaaktivistin, das jedoch in den meisten Medien nicht abgebildet wurde. Ein Skandal! Wer Klimagerechtigkeit fordert, muss die globale, intersektionale Komponente auf jeden Fall mitdenken und Gehör verschaffen!

Als letzten Wunsch hätte ich, dass die Solidarität, die während der Pandemie überall lobend entstand, auch nach den Einschränkungen von Corona bestehen bleibt und nicht abflaut. Nötig ist Solidarität gegenüber Menschen, die als Risikogruppe bezeichnet werden, die jetzt in finanzielle und (psychisch-)gesundheitliche Notlagen kommen und das auch außerhalb der europäischen Grenzen.

Auch wenn diese Wünsche vielleicht nicht so wirken, als wären sie Forderungen aus der Klimabewegung, hängen sie alle mit der Forderung „System change not climate change!“ zusammen.



Husarenstreich

Die Website castor.de läutete einst die digitale Zukunft des Widerstands ein. Jetzt ist sie Geschichte.

Medien Nach vielen Jahren, in denen es mit unglaublich viel Engagement betrieben worden ist, wurde ein einstmaliges zentrales Anti-Atom-Projekt des Wendlands eingestellt: Die Webseite castor.de ist nun archiviert und im Internet gelöscht. Ein Nachruf von Jan Becker

Grund für diese drastische Maßnahme ist eine Abmahnung wegen der Veröffentlichung von copyrightgeschütztem Material. Um weitere Forderungen auszuschließen und weil eine Überarbeitung von rund 30000 einzelnen Seiten unmöglich ist, wurde ein Schlussstrich gezogen. Wie es so vielen anderen Widerstandsmaterialien bereits erging, befindet sich nun die gesamte Arbeit auf CD gebrannt im Gorleben Archiv.

► Zentrale Webseite des Castor-Widerstands

Viele Jahre war castor.de die zentrale Webseite des Widerstands gegen die Atomanlagen im Wendland. Gestartet wurde das Projekt der „Arbeitsgruppe Internet“ 1996, damals gab es bekanntlich kaum Webseiten, überhaupt kaum private Internetanschlüsse. Ein Novum war auch, dass das Geschehen rund um den Castortransport im März 1997 im Internet in Form eines „Tag-X-TICKERS der CASTOR-NIX-DA Kampagne“ verfolgt werden konnte.

Millionen Zugriffe hatte die Seite damals nach eigenen Angaben verzeichnet. Über Jahrzehnte verzeichnete die Webseite nicht nur einen Rückblick auf die Ereignisse im Wendland mit Links zu Fotos und Berichten, sondern auch eine Fülle von Fachartikeln, täglichen Presseauswertungen und einen stets gepflegten wendländischer Protest-Terminkalender.

► Juristischer Ärger

Als „Domain gegen den Atomstaat!“ trat die Arbeitsgruppe damals an und informierte auf der offiziell anmutenden Domain „castor.de“ kritisch zur Atomenergie. Damit handelten sich die Aktivist/-innen natürlich Ärger ein. Die Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS) als Herstellerin des Produktes „Castor“ meldete zum Beispiel 2002 Begehlichkeiten an der Domain an. Die GNS befürchtete, durch die Homepage der AKW-Gegner „in ein negatives Licht gerückt zu werden“. Nach zwei Jahren konnte vor dem Oberlandesgericht

(OLG) Hamm ein juristischer Erfolg erzielt werden, die Domain blieb in den Händen des Widerstands.

„Das jahrelange Gerichtsverfahren hat schon ganz schön an unseren Nerven gezerrt“, sagte damals der „castor.de“-Webmaster Albert Doninger. Aber auch wenn dieser Erfolg „nur wieder ein kleiner ‚Nadelstich‘ ins Mark der Atomindustrie“ sei, so wie die vielen kleinen Aktionen während der CASTOR-Transporte, beweise man immer wieder: „Wir stellen uns überall quer, sind stur, unberechenbar. Gemäß der Parole der Bäuerlichen Notgemeinschaft: ‚Niemals aufgeben!‘“

► Layout? Funktional!

Was auch beeindruckt: Im Gegensatz zu vermutlich 99 Prozent aller anderen Webseiten wandelte castor.de über die vielen letzten Jahre nie sein Gewand, immer waren im Fokus die beiden Nackten mit ihren Protestschildern vor der Polizeikette...





Es rappelt in der Kiste

Zwingt der Ausstieg von elf Urgesteinen die Kulturelle Landpartie zu Reformen?

Wendland Aufgabe des Rats, Beerdigung der Öko-AG, Ausstieg von elf Künstler/-innen – das jüngste Plenum der Kulturellen Landpartie war geprägt von drastischen Schritten und wird wohl auch Konsequenzen haben. Von Andreas Conradt

Es rumort schon länger in der KLP. Seit Jahren gibt es im Plenum der Kulturellen Landpartie Unmut über ungebremstes Wachstum, über Verwässerung des Prinzips „keine Handelsware, alles selbstgemacht“, über die stetig wachsende Zahl von Veranstaltungen, den ökologischen Fußabdruck, die teilweise chaotische Verkehrssituation im Wendland. Auch fehlendes politisches Bewusstsein – ob in Bezug auf die Atomanlagen in Gorleben oder zu anderen Problemen der Zeit – ist ein immer wieder kritisiertes Thema. Es rumort schon länger – jetzt hat es richtig gekracht!

► Absagen, Rücktritte, Austritte

Beim ersten Plenum nach der umstrittenen Entscheidung, die KLP aufgrund der Corona-Pandemie abzusagen, hat der Rat frustriert mitgeteilt, bei der nächsten Wahl nicht wieder antreten zu wollen. Auch die Öko-AG hat erklärt, ihre Aufgabe nicht fortführen zu wollen, „weil unsere Hinweise zur Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks von Euch eh nicht aufgegriffen werden“; es sei beschämend, dass inzwischen nicht mehr die KLP den Landkreis auffordere, ökologisch zu handeln, sondern umgekehrt. Nachhaltig schockiert wurde das Plenum schließlich durch die Erklärung von elf Kunsthandwerker/-innen, aus der KLP ausscheren und künftig eine eigene Veranstaltung aufziehen zu wollen. Der Ausstieg ist ein fatales Signal – ob er ein finales ist, wird sich zeigen.

Denn noch ist völlig unklar, wie die Kulturelle Landpartie in Zukunft aussehen wird. Hinter vorgehaltener Hand wird der Ausstieg der elf KLP-Urgesteine als Anfang vom Ende gewertet. Erosion hatte es mit dem Ausstieg der *Mützingenta* und dem Wunderpunkt *Villa Wendland* in Güstriz in den letzten Jahren ohnehin schon gegeben. Das geschah für viele auswärtige Besucher/-innen noch fast unbemerkt. Ein Ausstieg weiterer elf Punkte – und es gibt Hinweise, dass die Gruppe der Aussteiger noch wächst – wird aber auch Besucher/-innen nicht verborgen bleiben.

Teilnehmer/-innen der Plena berichten seit geraumer Zeit von quälenden Diskussionen ohne Ergebnis – über die Notwendigkeit einer Begrenzung der Anzahl von Wunderpunkten, über die erlaubte Zahl von Aussteller/-innen je Punkt, über die Menge an Konzerten und Aufführungen. Auch das Thema Handelsware wurde seit Jahren ergebnislos besprochen.

► Kommerz ist der Streitpunkt

Im Kern geht es um die Frage, wie kommerziell – im Inneren wie nach außen – die KLP sein soll, sein darf. Dabei herrscht Einigkeit insoweit, dass sie zum Lebensunterhalt der im Wendland ansässigen Künstler/-innen beitragen soll. Umstritten ist aber, ob und wieviele befreundete oder fremde Künstler/-innen auf die Wunderpunkte eingeladen werden sollen, um deren Attraktivität zu erhöhen und den Umsatz zu stei-

gern. Ähnliches gilt für die Anzahl von Veranstaltungen – also Konzerten, Lesungen, Aufführungen – und die Art der jeweils angebotenen Gastronomie.

► Gegensätzliche Positionen

In beiden Fällen spricht das Lager der Befürworter/-innen einer liberaleren Sicht von einer Attraktivitätssteigerung der gesamten Landpartie – und nimmt dafür in Kauf, sich um Probleme wie Ökologie, Verkehr, Parkraum und wildes Campen kümmern zu müssen. Die Verfechter der reinen Lehre mit kleinen Punkten (fast) ausschließlich hiesiger Künstler/-innen und Kunsthandwerker/-innen möchte den nämlichen Problemen durch Verkleinerung der KLP begegnen und die Landpartie zurückführen zu ihren Wurzeln: Widerstand und alternative Lebensweisen.

Unumstritten ist wohl immerhin, dass ausschließlich oder überwiegend politische Punkte selbst dann von Veränderungen verschont bleiben, wenn sie eine „kritische Größe“ überschreiten würden – was immer das konkret bedeuten würde.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe der Rundschau ist die immer noch große Zahl der Betreiber/-innen von Wunderpunkten noch wie in Schockstarre. Sicher angenommen werden kann wohl, dass die Frequenz der Plena in den nächsten Monaten zunehmen wird. Darüber hinaus ist momentan alles offen.

Der Turmbauer zu 1004

Geschichte Sigurd Elert hat die Architektur der Freien Republik Wendland geprägt wie nur wenige andere. Dabei kommt er gar nicht aus der Gegend und war auch seit der Räumung des Hüttendorfs auf der Tiefbohrstelle 1004 bei Gorleben im Juni 1980 nie wieder dort. Im Wendland geriet sein Name und sein Wirken in den zurückliegenden 40 Jahren in Vergessenheit. Bis jetzt. Andreas Conradt hat ihn auf dem Trip in seine Vergangenheit begleitet.

„Ich bin total elektrisiert. Es geht geradezu ein Vibrieren durch mich.“ Zusammen mit seiner Mutter steht Sigurd Elert auf der geteerten Fläche einer Lichtung mitten im Kiefernwald, unweit des so genannten Erkundungsbergwerks bei Gorleben. Der Asphalt ist grob und übersät mit Kiefernadeln. Irgendwo ragt ein dickes Rohr aus der Erde – vielleicht ein Relikt aus der Zeit der Probebohrungen, mit denen in den 1980er-Jahren die Erkundung des Salzstocks Gorleben-Rambow auf seine Eignung als Atommülllager begann.

Sigurd war schon einmal hier. Vor der Zeit der Bohrer und Bagger. Er war einer der vielen Besetzer der Bohrstelle 1004, auf der im Mai 1980 das berühmte Hüttendorf der Atomkraftgegner errichtet und später die Freie Republik Wendland ausgerufen wurde. „Ein Gewimmel und Gewusel war das damals. Und eine riesige kahlgebrannte Fläche.“

Heute erinnert einen nur noch die baumumstandene, asphaltierte Lichtung mitten im Nichts daran. Und Sigurd das elektrische Vibrieren. Noch am Tag der Räumung des Hüttendorfs Anfang Juni 1980 ist er zurück nachhause gefahren und war seitdem nicht mehr im Wendland. Bis heute!

„Ich bin begeisterter Flussschwimmer und wollte unbedingt mal die Elbe erkunden“, erläutert Sigurd seinen Besuch nach fast genau 40 Jahren. „Als meine Mutter davon erfuhr, war ihr großer Wunsch, einmal den Ort zu besuchen, wo ihr Sohnemann Anti-Atom-Geschichte schrieb. Darum sind wir jetzt hier.“ Sigurd kommt ursprünglich aus Herford, lebt heute an der Weser und arbeitet bei einem Kanu-Verleih. Persönliche Beziehungen ins Wendland gab es weder vor noch nach der Platzbesetzung – und doch ist sein Wirken während der 30 Tage der Freien Republik jedem aus der Anti-Atom-Szene bekannt. Es war im wahrsten Sinn des Wortes herausragend. Zusammen mit Freunden aus der Bielefelder Gruppe hat Sigurd den weit hin sichtbaren Turm des Protestdorfes gebaut. Heute ist er eins der Wahrzeichen der Freien Republik Wendland, er ist *das* Postkartenmotiv schlechthin und immer wieder in Filmausschnitten im Moment des Zusammensturzes am Ende der Räumung zu sehen. Zusammen mit dem berühmt gewordenen Transparent hat das Bild des Turms eine große Macht entwickelt: „Turm und Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht unsere Kraft, dies es schuf!“ Ein Spruch,

den sich selbst nach 1980 geborene Atomkraft-Gegner zu eigen machen. Noch heute.

„Ich habe mir damals angeschaut, was Zimmerleute, Bauern und Widerständler da aus Bäumen, Bohlen und Brettern aufbauen. Es waren großartige Hütten und Häuser, phantasievoll und mit lauter alternativen Ideen, aber dem täglich erwarteten, gewaltigen Polizeieinsatz konnten sie nicht standhalten. Mir schwebte etwas vor, das die Polizei vor Schwierigkeiten bei der Räumung von Demonstranten stellen würde. Ein Turm zum Beispiel, der hoch und stabil sein musste. Nur hatte ich keine Ahnung, wie ich den bauen sollte.“ Seine Mutter war damals Architektin. Sigurd hatte ihr immer mal wieder über die Schulter aufs Reißbrett geschaut und so eine grobe Ahnung von Statik bekommen. Irgendwann kam Sigurd auf die Idee, Vorbilder in der Nähe des Hüttendorfs zu suchen und zu schauen, wie andere hohe Türme bauen. Wachtürme zum Beispiel, an der DDR-Grenze gegenüber von Hitzacker. „Die waren aber aus Betonplatten hergestellt und darum für uns als Vorbild ungeeignet.“ Aber auf dem Kniepenberg ein Stück flussabwärts entdeckte Sigurd ein Prachtexemplar von Aus-



sichtsturm, dessen Bauweise geeignet schien: „Massive Pfosten in allen vier Ecken, alle vier Meter ein Ring aus horizontalen Querstreben und in den Feldern dazwischen diagonale Aussteifungen. Statt Betonfundament alle vier Pfosten gut zwei Meter in die Erde und die Enden auch nochmal miteinander verbinden. So könnte es klappen.“ Hat es dann auch: Am Ende war der Turm gut zwölf Meter hoch; trotz Höhenangst zimmerten Sigurd und seine Kumpel ganz oben noch eine geschlossene Hütte. In ihr war später die Sendetechnik von Radio Freies Wendland untergebracht.

„Im Dorf liefen Zimmerleute rum, die mit dem Bau des Freundschaftshauses beschäftigt waren. Die wollten nicht auch noch am Turm mitarbeiten, haben aber immer mal auf die Konstruktion geschaut und uns Werkzeug und ein Beil geliehen. Damit bin ich in den Wald marschiert, hab’ die vier größten Bäume umgelegt, die ich finden konnte, und sie anschließend mit 30 Leuten ins Dorf getragen.“ Jeweils zwei Bäume konnten am Boden liegend miteinander verbunden werden, dann wurde ein Hilfsgestell gebaut und die zwei Rahmen mit einem Traktor aufgerichtet. Kaum war der Turm im Rohbau fertig, kam der damalige Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder vorbei und hat seine Pressestatements vorm Turm abgegeben. „Rauf hat er sich nicht

getraut!“ Schröder sprach davon, dass eine Gesellschaft „so etwas“ aushalten solle, aber da hatte er die Rechnung ohne den Lotsen aus Hamburg gemacht: „Wir wussten, dass die Räumung durch die Polizei irgendwann kommen würde. Stundenlang wurde darüber im Dorf diskutiert – jeden Tag! Wenn alle auf dem Boden sitzen, geht so eine Räumung ratzfatz. Mit einem Turm kann man’s der Polizei schwerer machen. Das war die Idee.“ Das Hüttendorf existierte schon zwei Wochen, als Sigurd mit dem Bau des Turms begann. „Von da an haben wir jeden Tag daran gebastelt, und als wir fertig waren, kam die Polizei.“

Wenige Stunden nur hat das Wegtragen und -zerren der auf dem Boden kauernenden Demonstranten und das Niederwalzen der Hütten gedauert. Zum Schluss standen nur noch Sigurds und zwei kleinere Türme. „Erst passierte ein, zwei Stunden nichts, dann fuhren irgendwelche Panzer auf, darin Jungs mit schwarzen Gesichtern und Steigeisen, die zu uns hochkrabbelten. Den Turm zu stürmen hat genauso viel Zeit gebraucht, wie alles andere.“ Als er schließlich umfiel, war die Republik Freies Wendland Geschichte. Die Bilder aber blieben im kollektiven Gedächtnis: Das Meer aus Hütten, die Passstelle und eben der Turm. 40 Jahre danach klingelt im BI-Büro in Lüchow das Telefon: „Hallo, hier ist Sigurd Elert.“ „Wer...?“



von oben:

- ▶ Sigurd mit hist. Foto auf der ehemaligen Bohrstelle 1004
- ▶ Erinnerungen an den Transport der Baumstämme
- ▶ Sigurd mit Mutter und Birgit Huneke vom Gorleben Archiv
- ▶ Sigurd (m. Gasmaske) 1980 auf dem Titel einer Dokumentation





So wird das nix

Portrait Andrea Funcke wollte auf ihrem *Funckenhof* in Walmsburg beweisen, dass die landschaftsangepasste, ökologische und nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft heute wieder auskömmlich betrieben werden kann. Das hat sich als Fehleinschätzung erwiesen. In welchem anderen Bereich sie nun ihre Aufgabe sieht, hat sie – zwischen Hühnern und Eseln – Andreas Conradt erzählt.

„Das ewige *billig, billig* – auch im Bio-Bereich – wird uns teuer zu stehen kommen! Es gibt kein anderes Land auf der Welt, in dem Nahrungsmittel so verramscht werden, wie in Deutschland.“ Ein Satz wie ein Nadelstich. Und eine Erkenntnis, in deren Folge sich die Ausrichtung von Andreas *Funckenhof* erst kürzlich verändert hat.

Ursprünglich hatte sie nämlich durchaus daran gedacht, Lebensmittel und lebende Tiere aus dem Bestand ihrer alten Haustierrassen zu verkaufen und so einen Beitrag zum Wandel im Bewusstsein ihrer Mitmenschen zu leisten – und gleichzeitig ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Aber Andrea hat schnell lernen müssen, dass das

nicht funktioniert: „Selbst wenn ich für meine Arbeitsleistung nur den Mindestlohn ansetze, müsste ich ein lebendes Huhn für 416 Euro verkaufen. Das zahlt natürlich kein Mensch. Ich könnte froh sein, wenn ich 25 Euro bekäme...“ Traum geplatzt? Projekt gescheitert?

„Nein, gar nicht!“ Inzwischen verdient Andrea ihren Lebensunterhalt bei der örtlichen Naturschutzbehörde. Ihr Lebensinhalt aber bleibt die Aufklärung über die Zusammenhänge, die dazu führen, dass die Ernährungswirtschaft hauptverantwortlicher Faktor für Artensterben und Klimawandel ist. „Kurz gesagt: Wenn ich nicht nur um meiner selbst Willen Bio-Produkte kaufen, sondern die Welt als Ganzes verändern möchte, dann reicht es nicht, im Bioladen einzukaufen. Wenn ich Tierwohl und Nachhaltigkeit möchte, Artenvielfalt und Ökologie nicht nur vor der Haustür, dann muss ich das gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem hinterfragen und mein Verhalten von Grund auf ändern.“ Ein Großteil der modernen Landwirtschaft – auch aus dem Bio-Bereich – kann seine Tiere selbst mit ausgedehntem Weidegang gar nicht artgerecht, umweltschonend und nachhaltig halten, weil die verwendeten Rassen nicht an die regionalen Gegebenheiten angepasst sind. „Es gibt zwar zunehmend Bauern, vor allem kleine Betriebe, die auf alte Rassen umstellen oder die vorhandenen Tiere mit nachhaltig produziertem Futter füttern möchten. Die müssen dann aber mit einer reduzierten Leistung gegenüber ihren ‚konventionell‘ arbeitenden Kollegen zurechtkommen. Und genau das ist ein großes Problem, weil bei uns Qualität nicht bezahlt wird, sondern Landwirte allenfalls noch durch Produktionssteigerung überlebensfähig sind.“ Betriebswirtschaftlich ausgerichtete Höfe haben also kaum die Möglichkeit, so zu arbeiten, dass sie die Umwelt *nicht* schädigen. Alte Haustierrassen, wie die auf Andreas *Funckenhof*, können dagegen ohne Fremdenergie und an die jeweilige Landschaft, ans Klima, an den Boden angepasst leben. Um sie zu ernähren, müssen keine Eiweiß-Futtermittel von

weither herangeschafft werden. Aber selbst das funktioniert nur mit den jeweils regionalen Rassen. Schon Haustierrassen aus fremden Regionen können nicht ökologisch gehalten werden, weil auch sie immer zusätzliches Futter brauchen, das CO₂-intensiv herbeigeht werden muss. „Es gibt kein *billig, billig*, wenn ich landschaftsangepasst arbeiten will – was ich wiederum muss, wenn ich Ökologie und Artenvielfalt erhalten will. Das ist dann einfach teuer.“ Und teuer, siehe oben, will niemand. „Wenn schon die Bio-Verbände sich für den Verkauf der Produkte ihrer Landwirte in Discountern einsetzen – wie soll denn da nachhaltig und trotzdem kostendeckend produziert werden? Das geht gar nicht!“

Die einzig gangbaren Szenarien, die Andrea aufzeigt, würden den Menschen enorme Veränderungen abverlangen. Veränderungen, zu denen sie momentan nicht bereit sind – aber mit denen Andrea sie bei ihren Besuchen auf dem *Funckenhof* dennoch konfrontiert: „Wenn mehr als ein Etikettenschwindel im Bioladen passieren soll – und das *muss* passieren – dann müssen Lebensmittel, solange wir im System der Marktwirtschaft bleiben, drastisch teurer werden, damit landschaftsangepasst produziert werden kann. Das wird aber niemand akzeptieren. Oder es muss zurückgehen zur Subsistenzwirtschaft im Stile der kleinbäuerlichen Landwirtschaft vor 150 Jahren. Daran glaube ich fest.“

Also Rückwärtsgang? Zurück auf die Bäume, wie „den Ökos“ immer wieder vorgeworfen wird? „Ich glaube, dass es zwangsverordnet rückwärts gehen wird, wenn wir nicht sehr bald freiwillig etwas ändern. Das kann der ökologische Umbau des eigenen Zier- zum Nutzgarten sein oder die Gründung oder Mitgliedschaft in einer Solidarischen Landwirtschaft. Das kann die gemeinschaftliche Haltung und das Melken von Schafen im Dorf sein. Derselbe Dinge helfen enorm. Sie sind erste Schritte hin zu einer wirklich nachhaltigen Landwirtschaft – die ja ihrerseits nur ein winziger Teil bei der Rettung des Klimas ist.“



Die BI Lüchow-Dannenberg
wünscht allen Leser/-innen
einen sonnigen Sommer

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr

☎ 05841 - 4684

buer@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

SOMMER-VORTRAGS-REIHE

Die Atomanlagen in Gorleben



WILLKOMMEN AN UNSEREM WUNDEN PUNKT

Die jeweiligen Termine, Beginn: 15.00h

Sa. 18.07.2020 • Sa. 25.07.2020 • Sa. 01.08.2020 • Sa. 08.08.2020
Sa. 15.08.2020 • Sa. 22.08.2020 • Sa. 29.08.2020

Während der Sommerferien gibt es an den Samstagen immer um 15.00 Uhr einen kurzweiligen Vortrag von Vorstandsmitgliedern der Bürgerinitiative zum Thema „Atomanlagen in Gorleben“. Das Angebot richtet sich an alle Interessierten mit oder ohne Vorkenntnisse.

Die Vorträge finden unter freiem Himmel statt. Die geltenden Hygienemaßnahmen sind unbedingt zu berücksichtigen (Maske, Abstand).

Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Vorträge sind kostenlos, Spenden sind willkommen.

Treffpunkt: Atomanlagen Gorleben am Schiff „Beluga“

Navi: Rottlebener Weg 1, 29475 Gorleben

Rückfragen: 05841 - 4684 oder buero@bi-luechow-dannenberg.de

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname

Straße Hausnummer

PLZ, Ort E-Mail

Datum Unterschrift

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.